

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Ausnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengepaltene Kolonelle oder deren Raum. Vereinzelt und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adressen: **Glück-Auf Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Kein Frühling.

Herrlich der Gang auf den sonnigen Bergen und Bügeln, in den Tälern der Ruhr jetzt zur mallichen Zeit — Aber nur wenigen ist es vergönnt, dort zu wandern; Sich des Lenzes zu freuen und der sonnigen Pracht. — Kampf um's Dasein, der grimmige Menschenvernichter hält den Früher in Schacht und Fabriken gebaut — Statt der Nachtigall Sang und der Rose Blüten und Düften, Stampft und donnert es dort, schwelt's von Brodem und Rauch. — Ihn, den Armen umsonst locket die Sonne nach draußen, Lockt der bührende Wind — wo er schafft, ist kein Lenz — Frühling, du glühst und blühst den Menschen so prächtig, Doch dem Früher-Heil, Frühling, blühst du nicht. — B. R.

## Bergarbeiter lernt!

Im Baugewerbe tobt der Kampf nun schon vier Wochen. Die Bauarbeiter schauen siegesfroh in die Zukunft. Haben sie selbst schon gewaltige Summen vor diesem und für diesen Kampf zusammengetragen und führen die noch arbeitenden organisierten Bauarbeiter bis zu 6 Mark pro Woche an ihre Organisationen ab, so beginnt jetzt auch schon die Solidarität der organisierten Arbeiter der übrigen Berufe zu wirken. Überall lesen wir von Beschlüssen, die Extrabeiträge angehen und die für die ausgesperrten Bauarbeiter ausgeschrieben werden. In Kiel wird von jedem organisierten Arbeiter für die Dauer der Aussperrung ein Extrabeitrag von 50 Pfg. pro Woche erhoben. Für die Unorganisierten werden gleichfalls Marken zu 50 Pfg. ausgegeben. Die Holzarbeiter Leipzigs beschließen vom 1. Mai ab aus ihrer Kasse jede Woche 1000 Mark an die ausgesperrten abzuführen, ebenso beschließen die Buchdrucker in Leipzig sofort 3000 Mark aus der Kasse zu zahlen und erner den Gaubeitrag (nicht Verbandsbeitrag) um 30 Pfg. pro Woche zu erhöhen, um die hieraus erzielte Summe den ausgesperrten zugute kommen zu lassen. Auch die Dresdener Buchdrucker beschließen den Beitrag um 25 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Sie zahlen jetzt 2 Mark pro Woche für die Dauer des Kampfes! Die Mannheimer Metallarbeiter erheben gleichfalls 25 Pfg. Extrabeitrag. So geht es in Dutzenden von Städten. Überall die gleiche Opferfreudigkeit! Die Zentralverbände werden auch wohl größere Summen den Bauarbeitern zukommen lassen. Der Opfermut der deutschen Arbeiter betätigt sich aufs neue und aufs glänzendste Bergarbeiter, auch ihr dürft nicht zurückstehen. Vor allen Dingen aber lernt, wie man sich die Sympathien verschafft. Wer alles tut, um die eigene Organisation zu stärken, so wie es die Bauarbeiter getan haben, der darf auf die Sympathien der übrigen Arbeiterverbände immer rechnen. Kameraden, stärkt darum den Bergarbeiterverband und sorgt, daß durch prompte Zahlung des bei uns beschlossenen Extrabeitrages ein tüchtiger Kriegsfond angeammelt wird. Bergarbeiter, lernt!

## Erfolge amerikanischer Bergarbeiter.

Aus Amerika erhalten wir die erfreuliche Nachricht, daß die Forderungen der Bergarbeiter fast überall bewilligt worden sind. Uns wird geschrieben: „In dem letzten Artikel über den Zustand der amerikanischen Kohlenarbeiter wurde schon gesagt, daß die Ausschichten des Streiks günstig seien und daß sich der Zustand nicht lange hinziehen könne. Was damals erst nur Wahrscheinlichkeit war, ist inzwischen fast in allen Kohlenbezirken Wirklichkeit geworden. Die gemeinsamen Konferenzen der Vertreter der Kohlenarbeiter-Organisationen und der Minenbesitzer nahmen geregelt den Fortgang. Das Resultat war, anfänglich wenigstens, nun nicht gerade glänzend. Uebrigens hatten die Arbeiter in der ersten Hälfte des Monats April auf eiliges Entgegenkommen der Unternehmer nicht gerechnet. Erst mit der Næherung des Monats Mai mit der Abnahme der Kohlenvorräte, wuchs die Gerechtigkeit der Unterhändler. Die gemeinsame Konferenz des Distrikts Iowa schreibt in erfreulicher Weise dem Ende zu. Die etwas hitzige Vorbringung der Argumente, als auch die „Schmeicheleien“, mit denen sich beide Parteien beschränken, können eine friedliche Lösung der strittigen Fragen nicht verhindern. In den Distrikten 2, 8, 17 und 23 sind die Forderungen der Bergarbeiter sämtlich bewilligt worden. Auch in Colorado steht der Abschluß eines Vertrages in naher Aussicht. Im 12. Distrikt (Illinois) wurden die Unterhandlungen abgeschlossen. Die Unternehmer spezifizieren auf die ungenehmigten Verhältnisse in der Organisation der Arbeiter!!! In dem größten Distrikt, in Pittsburg, sind die Ausschichten auf Zustandekommen eines Abkommens zwar nicht gerade rosig, aber doch auch nicht so trübe, wie die Hoffnungen auf friedliche Einigung scheitern zu machen. Im Distrikt Südwesten sind erst die letzten paar Tage im April Verhandlungen angebahnt worden. Die Minenbesitzer hatten bis dahin nicht sehr freundliche Worte für die Vertreter der Arbeiter. Vorweile haben ihre Kohlenvorräte geföhrig abgenommen, so daß Genommen werden kann, bei den Zusammenkünften würden ihre etwas freundlicher Klingen, als vorher ihr Zungen Schlag. Ihre Nachrichten aus allen Bezirken zeigen, besteht überall die Möglichkeit, daß die neuen Lohnverträge friedlich und bald zugunsten der Arbeiter abgeschlossen werden.“ Kameraden, prägt euch diesen Brief dreimal ein. In England lernten die Bergarbeiter nicht nur im Laufe des Winters die geündigten Lohnreduktionen ab, sie erzielten noch Lohnsteigerungen! Aus Amerika berichtet man uns nun, wie man lesen, gleichfalls von Lohnsteigerungen. So etwas ist möglich, wenn eine starke Organisation hinter den Bergarbeitern steht. Bergarbeiter, lernt!

## Vereinigung der beiden Bergarbeiter-Organisationen.

Die zwei Gewerkschaften der Bergarbeiter Amerikas (Westliche Bergarbeiter-Föderation und Vereinigte Kohlenarbeiter) sind bis nahe an die Vereinigung gekommen, ja, man kann fast sagen, sie sind schon verschmolzen. Die Details der Verschmelzung sind nur noch zu arrangieren. Sie werden auch jetzt schon alle Aktionen gemeinsam unternehmen. Das letzte Hindernis, daß der Vereinigung im Wege stand, wurde beseitigt, als die Ortsgruppe der Erzgräber in Butte, aus der die Westliche Bergarbeiter-Föderation hervorgegangen und die die stärkste und reichste Gruppe ist, mit großer Majorität der Verschmelzung zustimmte. Mit der Gruppe in Butte hat die letzte Sektion die Urabstimmung vollendet. Das Resultat zeigt, daß die überwältigende Majorität der Erzgräber für die Vereinigung ist. Durch den Zusammenschluß schließen sich die 40 000 Erzgräber auch der amerikanischen Gewerkschaftszentrale (American Federation of Labor) an. Das kann der Klassenbewegten Arbeiterbewegung Amerikas nur zum Segen gereichen.

In der Geschlossenheit und Einigkeit liegt die Macht der Bergarbeiter. In Amerika stehen eben Christen, Atheisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Konservative usw. als Arbeiter in der Organisation zusammen. Sie fühlen sich als Arbeiter und Brüder und wie wir sehen, ziehen sich auch die beiden großen Verbände, zwischen denen früher schroffe Gegensätze klafften, zusammen. Bergarbeiter Deutschlands, lernt!

## Das Kaligesez angenommen.

Am 10. Mai wurde im deutschen Reichstag das Kaligesez in zweiter und dritter Lesung beraten und dann mit einigen mehr unwesentlichen Änderungen in der Kommissionsfassung angenommen. Damit liegt ein bedeutender Akt in der Geschichte der Berggesetzgebung hinter uns. Wir werden ihn noch eingehend würdigen.

Für heute sei gesagt, daß es sich um ein Gesez handelt, das tief einschneidend in die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses — wenn auch zunächst in einem staatsjuristischen Eingreife.

Als man am 28. April 1889 in Staßfurt anfang, das erste Bohrloch nach Steinsalz herunterzubringen, da dachte kein Mensch daran, daß mit diesem Bohrloch ein Industriezweig erschlossen wurde, der in wenigen Jahrzehnten eine gewaltige Bedeutung gewinnen sollte. Nach Steinsalz suchte man, das Kali wurde entdeckt, sein Wert bald herausgefunden. Die Kaliindustrie entstand, die sich in den ersten Jahrzehnten zunächst langsam entwickelte, im letzten Jahrzehnt dann aber einen Aufstieg nahm, wie wir ihn in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung nur wenig zur Seite zu stellen haben.

Weit über den Bedarf hinaus stutete die Kaliproduktion und doch entstanden neue Schächte, immer einer nach dem andern. Die Pilze aus der Erde schossen sie. Bald sahen sich die Kaliwerksbesitzer gezwungen, durch Gründung eines Syndikats regeln in die Produktion einzugreifen, um diese nicht über die Absatzmöglichkeit hinauszugehen zu lassen. Doch das war eitles Begehren. Das Kapital geht über Ordnung und Regeln hinweg, wenn es sich um Profit handelt. Kampfhaftige Anstrengungen wurden zwar gemacht, den Markt für Kali zu erweitern, aber kaum war neuer Boden gewonnen, da schnekte auch schon wieder die Produktion über den Bedarf weit hinaus. Die durch das Syndikat vorgenommenen, geradezu erstaunlichen Produktionsbeschränkungen halfen nichts.

Aber diese künstlichen Einschränkungen fanden ihre Gegner, die nicht nur nicht mit dieser wirtschaftlichen Zwangsjacke einverstanden waren, nein, die heramen und diesem Zwang entweder zu entzinnen versuchten, oder die gleich von vornherein sich den Syndikatsmaximen widersetzen, ihre Aufnahme in das Syndikat an Bedingungen knüpften, die für das Syndikat Sprengpulver war. Je mehr Schächte entstanden, um so schwieriger wurde die Situation für das Syndikat. Seine jeweilige Erneuerung stieß im Laufe der Jahre auf große Schwierigkeiten, die aber schließlich noch überwunden wurden, bis im vergangenen Jahre durch mächtige Außenleiter das Syndikat sozusagen gesprengt wurde.

Elbogensfreiheit wollte die Sprengkolonne unter Führung Schmidtmanns-Wischerleben haben. Im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte sollte jeder Kaliinteressent sein Bettlein retten, d. h. seinen Profit selbstständig zu steigern versuchen. Wer dann in diesem Wettstreit um den Profit auf der Strecke bleibt, wen kümmerts! Naturrecht ist, daß der Starke sich behauptet. Im übrigen: Nach uns die Sintflut! In diesem wilden Chaos griff die Reichsregierung ein, aber auch erst dann, als sie aus der Kaliindustrie heraus um Hilfe angefleht wurde.

Das Syndikat fühlte sich nicht stark genug mehr, den Außenleitern zu begegnen. Darum hieß es: Regierung hilf!

Die Regierung brachte eine Gesezvorlage ein, die in der Hauptsache ein Zwangssyndikat vorsch und ferner eine Er-schwerung der Erschließung neuer Kalifelder. Die Vorlage wurde nach einer eingehenden interessanten Verhandlung im Reichstag einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Diese Kommission hat fleißige Arbeit geleistet, hat die Regierungsvorlage aber in der Richtung umgeändert, daß an Stelle des Zwangssyndikats die Kontingentierung des Absatzes trat, unter gesetzlicher Festlegung der Preise.

Und nun geschah etwas, das in der deutschen Gesezgebung einzig dasteht. Galt es einerseits, einen bedeutenden Industriezweig mit gesetzlicher Hilfe der Bundesung entgegenzuführen, so sollten auch die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter nicht vergessen werden, umso mehr, als die Gefahr bestand, daß die Kaliindustriellen für die eventuellen ungünstigen Wirkungen des Gesezes die Arbeiter in Mitleidenchaft zogen. Ja, man drohte gar, daß man sich an den Arbeitern schadlos halten müßte! Aber auch ohne diese Drohung wurde die Arbeiterfrage angeschnitten und es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, die Frage des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter in der Kaliindustrie in Fluß gebracht zu haben.

Weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien hatten an die Arbeiter gedacht. Es wäre auch hier nichts geschehen, wenn nicht von der sozialdemokratischen Fraktion, die vornehmlich in unserem Kameraden Gue einen tüchtigen Sachwalter der Bergarbeiter in der Kommission sitzen hatte, die Initiative ergriffen worden wäre. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten, daß das Gesez den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber vorsehen solle. Da die Zentrumsabgeordneten bei der ersten Lesung in der Kommission sich für diesen Antrag erklärten, so war Hoffnung vorhanden, daß schließlich auch die Zentrumsfraktion in der zweiten Lesung und schließlich im Plenum für diesen Antrag stimmten. Doch die Geschäfte kam anders.

In der zweiten Lesung wurde Erzberger, der sich für die gesetzliche Festlegung des Arbeitstarifes ausgesprochen hatte, aus der Kommission hinausgestoßen, der bekannte Zentrumsführer Herold trat an seiner Stelle und nun stimmten unter Führung Herolds immer zwei und drei Zentrumslente gegen die Einführung der Tarifverträge, die die Einführung des Minimallohnes und Lohnerhöhung bezweckten. Und heute ist es heraus, daß auch

## Der christliche Bergarbeiterführer Franz Behrens gegen die gesetzliche Festlegung von Tarifverträgen im Kali-bergbau heimlich und offen gewöhlt hat!!!

Wir gratulieren den christlichen Bergarbeitern erneut zu ihrem Führer Franz Behrens, der ja schon häufig genug Proben seiner reaktionären Bestimmung abgeben hat. Was Behrens aber beim Kaligesez geleistet hat, dürfte wohl einzig dastehen! Doch davon noch später. Schließlich wurden im Gesez Bestimmungen aufgenommen, die verhindern sollen, daß die Kaliwerksbesitzer das Koalitionsrecht der Arbeiter schmälern, daß sie ferner insoweit des Gesezes zu Lohnreduktionen und zu Schichtverlängerung greifen. Die Ausnahme dieser Bestimmungen bedeutet einen bedeutenden Fortschritt. Jetzt ist sich hier doch, daß das Reich sehr wohl Fragen der Berggesetzgebung mit Einschluß von Arbeiterfragen im Bergbau gesetzlich regeln kann. Vielleicht ist das Kaligesez gar die erste Etappe zur reichsgesetzlichen Regelung der Berggesetzgebung überhaupt. Abwarten! Schon jetzt genügt, daß die Argumente widerlegt sind, daß das Reich sich nicht um Fragen der Berggesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten zu kümmern habe. Das Kaligesez zeigt das Gegenteil.

Freilich, wir hätten am liebsten gehabt, der deutsche Reichstag hätte ganze Arbeit gemacht und der beantragten Verstaatlichung der Kaliwerke zugestimmt. Aber auch nach dieser Richtung ist das Gesez wenigstens der erste Schritt. Und deshalb stimmten für das Gesez auch die Sozialdemokraten.

Die Bergwerksbesitzer sind in ihrer Meinung gespalten. Die einen stellen sich auf den Boden des Gesezes, die anderen nicht. In einem aber ist man sich einig, und zwar darin, daß in der Kaliindustrie alles ausgeboten werden muß, um die Absatzmöglichkeit so zu steigern, daß die Differenz zwischen ihr und der Produktion die mögliche Ausgleichung erfährt. Doch wir kommen auf das Gesez und auf die damit verbundenen Fragen noch näher zurück.

## Zwischen den Stühlen.

I. Tolles Durcheinander, Runterbunt, Lustspiel und Tragödie, Gott und Höl, heute so und morgen anders. In diesem erblicklichen Schauspiel kann sich jeder erbauen, der ernstlich dem Entwicklungsgang der christlichen Gewerkschaften nachzuspüren befreit ist. Das zu tun, ist kein angenehmes Geschäft, aber hin und wieder kann man sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Kommen doch Arbeiterinteressen in Frage, die durch die wechselvollen tollen Tänze der christlichen Gewerkschaften nicht wenig geschädigt werden. Nach einem wirklichen Nutzen schaut man vergebens aus. Wo soll das herkommen, wenn die christliche Taktik oft genug nur darin besteht, um eines Einsengerrichts halber die wichtigsten Arbeiterinteressen und Arbeiterforderungen im Stich zu lassen? Das ist geschehen z. B. bei der Politikergesezgebung, bei der Finanzreform im Reich, bei der preussischen Wahlrechtsbewegung. Nur um von diesen zu reden. Hier hat die organisierte Abstinenz der christlichen Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiterklasse gewaltigen Schaden zugefügt, den die christlichen Gewerkschaften nicht wieder gut machen können.

Man kommandierte: Junkerinteressen über Arbeiterinteressen! Und wie treue Pudel sprangen die Repräsentanten der christlichen Gewerkschaftsbewegung über den ihnen hingehaltenen Stock. Ueber einen Stock, mit dem die Arbeiter ohne Unterschied Prügel auf Magen und Rücken erhalten. Das ist eine traurige Rolle, die von den christlichen Gewerkschaften gespielt wird. Aber wir müssen uns mit dieser Tatsache abfinden.

Die Ursache, daß die christlichen Gewerkschaften sich als brauchbar erwiesen, den reaktionären Parteien fortgesetzt die Kasernen aus dem Feuer zu holen, liegt in der Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von diesen reaktionären Parteien. Wäre die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Klassenbewegung, die vor allen Dingen auch die Wahrung der Arbeiterinteressen im Auge befreite, sie machte sich bald als abgesonderte Bewegung überflüssig. Sie würde in der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgehen. Hier ist die Klassenbewegung! Eine Bewegung, die erkannt hat — um mit Giesberts zu reden — daß „die Interessen der Arbeiter den Interessen aller andern Klassen diametral gegenüberstehen.“

Die christlichen Gewerkschaften wollen keine Bewegung sein, die durch die Erkenntnis des Klassencharakters unserer Gesellschaft zum Klassenbewußtsein gelangt und sich deshalb auf den Boden des Klassenkampfes stellen. Sie halten den heutigen Klassenstaat für gottgewollt, für vernünftig, hier und da nur für verbesserlich. Die christlichen Gewerkschaften fälschen ihr Firmenschild, wenn sie von Klassenbewußtsein reden. Sie fühlen sich als Stand unter Ständen, aber sie bewahren sich das Gefühl, daß der Arbeiterstand der untergeordnete Stand ist und bleiben muß! Arm und reich hat es ja immer gegeben und so soll es auch bleiben. Gibt es aber arm und reich, gibt es Herrscher und Beherrschte, gibt es Ausbeuter und Ausgebeutete. Wie sich da die gleichberechtigte Eingliederung des Arbeiterstandes in dieser kapitalistischen Gesellschaft mit ihren

Klassenunterschieden, ihrer ökonomischen Ungleichheit gestalten soll, das weiß der Himmel. Um das zu begründen und zu beweisen, dazu wird das Geschwätz christlicher Gewerkschaftsführer nicht ausreichen, schon darum nicht, weil sich ein solcher Unsin in gar nicht begründen und beweisen läßt! Und schließlich glaubt auch kein christlicher Gewerkschaftsführer an diese gleichberechtigte Eingliederung in die heutige Gesellschaft. Weder im politischen, wirtschaftlichen, erst gar nicht noch im sozialen Sinne. Man denke sich einmal eine politische Gleichberechtigung des hundertfachen Millionärs Herzog von Preußen, mit dem eines Knechts aus dem Elbegebirge. Aber dem Eisenhändler wird's allen Ernstes gepredigt, daß über ihn und den Herzog durch tatkräftiges Eingreifen der christlichen Gewerkschaften und durch die Mitwirkung der mit ihnen liierten bürgerlichen Parteien die Gnadenform der politischen Gleichberechtigung scheitern wird. Und was das schlimmste und lächerlichste zugleich ist, der arme Eisenhändler glaubt es!

Wie man sich in führenden Kreisen der christlichen Gewerkschaftsbewegung die gleichberechtigte Eingliederung denkt, das zeigt an tagtäglich ihre Handlungen, das zeigt, wie von ihnen das Handwerk der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ betrieben wird. Dem Herzog den Taler, dem Armen den Pfennig! Die christlichen Gewerkschaftsführer wollen keine Gleichberechtigung, würden sie es wollen, dann wäre es mit der Freundschaft der bürgerlichen Parteien vorbei, dann wäre es aber auch um die Existenz der christlichen Gewerkschaften geschehen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer wollen keine gleichberechtigte Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft; würden sie es wollen, dann blieben sie nicht stumm in einer Zeit, wo in Preußen das Volk auf weitere Jahrzehnte hinaus politisch in Klassen gerissen wird. Sie würden es nicht dulden, wie ein entwerteter Junker oder ein emporgelkommener Geldprolet sich des zehnfachen Wahlrechts gegenüber dem strebsamen Arbeitmann und Kleinbürger erfreut. Die christlichen Gewerkschaftsführer wollen keine gleichberechtigte Eingliederung; sie könnten es sonst nicht verteidigen, daß Millionen sich vor Erbschaftssteuern drücken, während zehntausende Arbeiter allein durch Einführung bzw. Erhöhung auch nur des Tabaks ins Geld gestürzt, außer Brot und Arbeit gebracht werden! Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben Schindluder mit dem Prinzip der gleichberechtigten Eingliederung der arbeitenden Massen in die bürgerliche Gesellschaft, sie würden sonst nicht herkommen und der Verleumdung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Steuern und Zölle das Wort reden, wie sie es tun. Sie würden zu ihren ehemaligen Klassen Genossen halten und nicht die Zutreiber der Junker und Großkapitalisten spielen.

Wer die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiter in die bürgerliche Gesellschaft will, der darf nicht vergessen, daß er Arbeiter ist, darf nicht mithelfen, seinen ehemaligen Klassen Genossen das Brot vom Munde wegzuschlagen. Nein, der sorgt mit allen Kräften dafür, daß zu dem vorhandenen Unrecht nicht immer noch neues Unrecht auf die Arbeiter abgeladen wird und der sorgt auch weiter dafür, daß die ganze Aktionsfähigkeit und die Stoßkraft der Arbeiterklasse zur Anwendung gebracht werden kann, wenn es gilt, Arbeiterrechte, Arbeiterrechte, Arbeiterforderungen zu vertreten und zu verteidigen! Um das die christlichen Gewerkschaftsführer? Nein! Sie schwächen die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, indem sie deren Einheit zerstören; die Kraft, die in der Einheit der Arbeiterklasse liegt, zersplittern. Und was ganz besonders festgenagelt werden muß, sie treiben diese Zersplitterung aus Prinzip, um die wirkliche gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterklasse in die Gesellschaft zu verhindern. Das es bei diesem Tun zu allerhand „Taktik der Christlichen“ kommen muß, ist selbstverständlich. Darauf werden wir im nächsten Artikel zu sprechen kommen.

## Was die Herrenhausjunker aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben.

Am 20. April hat das preussische Herrenhaus seine Beratungen über die Wahlrechtsvorlage beendet. Seine Beschlüsse sind so reaktionär, daß selbst der schwarze Lakobender der konservativen Junker des Abgeordnetenhauses sich dafür bedanken muß, ihnen zugustimmen. Es ist der Übermaß einer Höflingselique, der in ihnen zum Ausdruck gelangt. Insofern wird durch diese Beschlüsse das Zustandekommen des

Wahlrechtsgesetzes überhaupt in Frage gestellt, so daß man dem Herrenhaus zu seiner Totengräberarbeit vernünftiger geatmeten darf. Da seine Beschlüsse von denen des Abgeordnetenhauses abweichen, so geht die Vorlage nach einer binnen drei Wochen im Herrenhause niederschmetternden Abstimmung an das Abgeordnetenhaus zurück, das zu dem Wahlrechtsgesetz von neuem Stellung nehmen muß. Stimmt es den Herrenhausbeschlüssen zu, was indes kaum zu erwarten ist, dann kann das Gesetz bis Ende Juni erledigt sein, ebenso, wenn es die ganze Vorlage ablehnt. Wehrt sich das Abgeordnetenhaus auf einzelne Abänderungen oder auf Wiederherstellung früher gefasster Beschlüsse, so beginnt das parlamentarische Ringkampfspiel von vorn. Jedenfalls darf die Zeit bis zu den Entscheidungen nicht ungenutzt verstreichen, sondern die Wahlrechtsbewegung des entrechteten Volkes muß von neuem mit voller Kraft einschreiten, um zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz werde.

Die Kommission des Herrenhauses hatte vier erhebliche Abänderungen des Abgeordnetenhauses beschlossen, die Einführung eines sogenannten Kulturträgerparagrafen und eine weitgehende Drittelung für größere Stimmbezirke. Als Kulturträger sollten Mitglieder des Reichstags, des preussischen Landtags, aller möglichen Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtparlamente, sowie Mitglieder öffentlicher Kammern in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken. Die Drittelungsbezirke sollten in Orten von 10 bis 20 000 Einwohnern auf 1740—3400 Einwohner bemessen werden. Endlich wurde die Magistrate der Steuerleistung von 10 000 bzw. 5000 Mk. auf 6000 bzw. 3000 Mk. ermäßigt, die aber nur für Staatsinkommensteuer gilt und alle kommunalen Steuerzuschläge sowie sonstige Steuern unberücksichtigt läßt, und die allgemeine Zulassung der Terminwahlen beschlossen. Abgelehnt hatte die Kommission schließlich den Antrag, daß nur eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages eine Abänderung des Wahlgesetzes beschließen könnte.

Für die Plenarberatung des Herrenhauses hatte der Abg. Dr. v. Schorlemer (1.) einen noch weitergehenden Drittelungsantrag eingebracht, wonach Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern einen einzigen Drittelungsbezirk bilden und in größeren Gemeinden für je bis zu 20 000 Einwohnern ein neuer Drittelungsbezirk gebildet werden sollte. Dieser Antrag bezweckte, den Konservativen und einem Teil der Nationalliberalen die Zustimmung zu dem Wahlrechtsgesetz zu erleichtern, für welche die Drittelungsbezirke der blauschwarzen Mehrheit des Abgeordnetenhauses unannehmbar waren. Für den Antrag von Schorlemer trat auch der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg nachdrücklich ein, und derselbe ward denn auch fast einstimmig angenommen, obwohl der Zentrumredner, Graf Oppersdorf, vor der Annahme dieses Antrages, der nichts anderes als eine Ausweitung des Zentrums und eine Aufhebung der jetzigen Parteienkonstellation im Abgeordnetenhause sei, warnte mit dem deutlichen Hinweis, daß dann „ein großer Aufwand an Arbeit unnütz verthan sei“. Der Kulturträgerparagraf wurde durch Annahme eines Antrages v. Wedel-Piesdorf erweitert, der die Vektoren öffentlicher mehrklassiger Schulen, die im Amt sind oder mindestens 10 Jahre lang im Amt waren, in die nächsthöhere Wählerklasse emporschob. Im übrigen blieben die Kommissionsbeschlüsse unerändert. Mit 104 gegen 81 Stimmen (das Herrenhaus zählt zurzeit 317 Mitglieder) wurde schließlich die ganze Vorlage angenommen.

Die Beschlüsse des Herrenhauses haben die Situation völlig verändert. Die Parteienkonstellation des Abgeordnetenhauses ist erschüttert und eine neue Mehrheitsbildung unter Ausschaltung des Zentrums nahegebrochen. Nicht vom Zentrum mehr hängt es ab, ob die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird oder nicht, sondern von den Konservativen, denen die Freikonservativen jetzt sicher sind und die nur weniger liberaler Abgeordneter zur Mehrheitsbildung bedürfen. Die Konservativen haben sich zu entscheiden, ob sie einen neuen altkonservativ-national-liberalen Block bilden, also dem Zentrum die Bundesgenossenschaft aufkündigen — oder ob sie letzteren Treue halten wollen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Majoritäten. Halten sie an ihren früheren Beschlüssen fest, so stellt ihnen das Zentrum eine sichere und größere Majorität; akzeptieren sie die Beschlüsse des Herrenhauses, die ihren reaktionären Wünschen sicherlich weit mehr entsprechen, so kommt zur Not eine knappe Mehrheit mit den Gegnern des Zentrums zustande.

Ausgeschlossen dürfte wohl sein, was die Regierung herbeiwünscht, auf Grund der Herrenhausbeschlüsse einen konservativ-ultramontan-liberalen Großblock zu schaffen, der dem neuen Wahlgesetz eine entscheidende Mehrheit verschafft, denn gerade der Drittelungsbeschluss des Herrenhauses scheidet Zentrum und Liberalismus wie Feuer und Wasser. Was des Einen Brot, ist des Anderen Fodder! Die Zentrums- und Freikonservativen sind sich einig, die Herrenhausbeschlüsse als „una n n e h m b a r“ zu kennzeichnen und jede Verantwortung für das weitere Scheitern der Vorlage abzulehnen. Das Zentrum hat auch alle Ursache, sich jetzt, da es bei dem Wahlrechtsgesetz seinen Vorteil nicht mehr findet, zurückzuziehen und die Verantwortung anderen zu überlassen. Es hat durch seinen schändlichen Wahlrechtsschacher die Enttäuschung der Wählerklasse bereits mehr herausgefordert, als es verantworten kann und tut gut, sich rechtzeitig nach einem anderen Sündenbock um-

zusehen. So dürften ihm die Herrenhausbeschlüsse gar nicht unlegen kommen. Es wird sich begnügen, eine Reform gewollt zu haben, die an einflussreicheren, reaktionären Mächten scheiterte. Das es trotzdem als Partei des Junkerblocks und Wahlrechtsschachers gebrandmarkt bleibt, dafür werden alle ehrlichen Anhänger des Reichstagswahlrechts sorgen.

Nicht leicht wird die Entscheidung für die Nationalliberalen sein, ob sie das Zentrum bei den Konservativen ausstechen sollen. Als Ritter hat ihnen das Herrenhaus im Einverständnis mit der Regierung die Gemeinbedrittelung hingeworfen; auch der Kulturträgerparagraf befriedigt einige ihrer Wünsche. Dafür sollen sie die Verantwortung für Beibehaltung der Dreiklassenwahl, für das indirekte Wahlrecht und für die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner auf sich nehmen, Dinge, die ihnen bei der nächstjährigen Reichstagswahl so teuer zu stehen kommen können, daß sie im Reichsgeheimrat verlernen, was sie in Preußen dem Zentrum vielleicht abnehmen können. Denn darüber sind sich die Nationalliberalen längst klar, daß sie ihren Wählern bei weitem nicht bieten dürfen, was das Zentrum sich in seinem gefestigten Besitzstand erlauben darf. Die preussischen Landtage sind also recht teuer für die Liberalen und haben zudem die unangenehme Eigenschaft eines sehr starken Abwehrmittels.

Was aber die Konservativen angeht, so haben diese eigentlich das allergeringste Interesse an dem Zustandekommen dieser Reform. Nicht sie — die Regierung hat diese Reform gewollt, — sie sind auch gar keine Anhänger des geheimen Wahlrechts, das sie dem Zentrum an Stelle des direkten tonangebend haben. Ihnen wäre am wohlsten, es läme gar nichts zustande und alles bliebe beim alten. Das ist zweifellos ihre Grundanschauung und was die Regierung nach dem Scheitern ihrer Vorlage anfangt oder nicht anfangt, das ist den alten Junkern höchst schnuppe. In diesem Sinne behandelt Herr v. Bethmann-Hollweg auch die Herrenhausbeschlüsse, die Herr v. Bethmann-Hollweg herbeigeführt hat. Er hält sie nicht für die geeignete Grundlage, ein Wahlrecht zustandebringen und scheint lieber auf letzteres als auf seine neuen Blodbrüder, die ihm auch noch zu anderen Dingen nützen können, verzichtet zu wollen.

Der einzige, der hinter den Herrenhausbeschlüssen steht, ist Herr v. Bethmann-Hollweg, der Philosoph auf dem Ministerpräsidentensuhl. Ihm genügt die blauschwarze Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht für seine „Reform“. Er wollte das unlösliche Problem eines schwarz-blau-gelben Blocks zwingen, um der preussischen Volksbewegung eine respektable bürgerliche Kompakte Majorität entgegenzustellen. Er wollte Ruhe vor dem Volke haben. Der Vorbergaß, daß die Munitionskammer des Herrenhauses am allerwenigsten geeignet ist, dem Lande ein Wahlrecht zu geben, das Ruhe im Lande schafft. Schon rücken alle bürgerlichen Parteien von den Herrenhausbeschlüssen ab, die imstande sind, das Wahlrechtsschacher des Abgeordnetenhauses zu zertrümmern. Jede Partei ist froh, von der Geschlechte loszukommen, und der einzige Leidtragende bleibt Herr v. Bethmann-Hollweg, der Steuermann des preussischen Staatschiffes, der dank seiner staatsmännischen Befähigung das letztere zur willenlosen Deute der Parteiwogen werden ließ.

Weser keine Reform im gegenwärtigen Moment, als diese nach den Beschlüssen des preussischen Herrenhauses. — Das ist die Auffassung fast aller Parteien. Auch der Arbeiterklasse kann gar nichts daran gelegen sein, die preussische Regierung auf solche Weise von der Erfüllung des Königswortes zu entbinden. Denn nicht nur würde durch eine solche Scheinreform die Wahlrechtsbewegung auf Jahre hinaus lahmgelegt, — derjenige Faktor, dem allein das königliche Versprechen und die allgemeine Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zu danken ist, — sondern die Arbeiterpartei Preußens würde auch noch der wenigen Vertreter beraubt, die sie unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ins Abgeordnetenhaus senden konnte. Im Effekt wird also das Wahlrecht verschlechtert, die Entrechtung der weniger bemittelten Wählermassen verstärkt, das Volk im Parlament gänzlich mundtot gemacht. Deshalb kann es den Herrenhausbeschlüssen gegenüber nur eine Parole geben: Fort mit diesem Wahlrechts-Schacher! Lieber keine Reform in diesem Moment, sondern freie Bahn für die preussische Wahlrechtsbewegung!

Die Arbeitermassen dürfen aber ihre Zeit nicht verlieren, ohne den politischen Faktoren im Staate ihre Entzweiung über den Wahlrechtsschacher in unabweisbarer Weise bekannt zu haben und ihre Stimmen erneut für eine wirkliche Wahlreform zu erheben. Der Aufmarsch der Massen, die gleiche Staatsbürgerrechte fordern, muß an Umfang und Geschlossenheit, an Ernst und eindringlicher Wirkung von Tag zu Tag zunehmen. Er muß der Regierung und den beiden Häusern des Landtags begreiflich machen, daß es so nicht länger geht und daß der gegenwärtige Rechtszustand auch durch die raffiniertesten Aufschubversuche nicht aufrecht zu erhalten ist. Das preussische Volk darf nicht nachlassen, lauter und immer lauter das gleiche Staatsbürgerrecht für alle zu verlangen — es darf die Regierung und die herrschenden Klassen nicht zur Ruhe des Genießens kommen lassen. Wir wollen dann sehen, wer es am längsten aushält — um den Erfolg ist und nicht bangt! Das freie, gleiche Wahlrecht für Preußen muß

## Canada.

Von William Hayward, Führer der Western Federation of Miners.

Um eine Idee von der ungeheuren Größe Canada's zu erhalten, muß man, wie ich das kürzlich getan, nach den St. Juan Inseln an der Pazifikküste nach Glace Bay am Atlantischen Ocean fahren und sich vergegenwärtigen, daß dieses Reichsterritorium, das um 700 000 Quadratmeilen größer ist als das der Vereinigten Staaten und deren Kolonien, von einer Bevölkerung bewohnt wird, die nur um zwei Millionen zahlreicher ist als die New Yorks, und daß außerhalb der Provinzen Ontario und Quebec nur eine Million Menschen wohnt. Canada darf als das reichste Land der Welt genannt werden, denn seine Schätze sind in der Tat grenzenlos. In den Rocky Mountain Regionen von British Columbia und Alberta finden wir Gold-, Silber- und Metallgruben der verschiedensten Arten, daneben auch riesige Kohlenlager. Im Crown's-See-Pag haben Geologen vor wenigen Monaten hierher verschiedene Adern harter, bester Kohle entdeckt, die eine Million Tonnen-Ausbeute versprechen. In Nord-Alberta wurden ähnliche unerschöpfliche Lager von Weichkohle gefunden. British Columbia ist dagegen wieder reich an Fischen und wertvollen Wäldern, während die Rocky Mountains fantastische Schönheiten aufweisen, die denen der Schweiz in ihrer Romantik und Grandiosität in nichts nachstehen. Auch die Westküste eines großen Meeres kann nur eine schwache Idee von den unvergleichlichen Schönheiten der Bergseen und Gletscher geben, denen man in Canada's Grenzen so häufig begegnet, die aber ebenso unvermittelt abends mit kleinen reizenden Küstenstädtchen, die bald an Bergküsten angehängt, bald aus den Seen herauszuwachsen scheinen. Kein Ort in dieser Beziehung einzigartig und nicht von vielen Sachverständigen das amerikanische Luzern genannt.

Ostlich von Alberta erstrecken sich, genau wie in den Vereinigten Staaten, von den Rocky Mountains aus, die weiten ebenen Flächen, von denen Millionen von Acker herrlich fruchtbar gemacht und mit goldenem Weizen bebaut sind; golden in des Wortes wahrer Bedeutung, wenn der Preis des Weizens \$ 1,00 (1 Doll. = 100 Cents = 450 Mk.) pro Bushel (Cade) beträgt. Land, das ebenso fruchtbar ist wie das der Dakotas und Minnatas, kann in Canada als Gemeinrecht erhalten oder von der Canadianen Pacific-Eisenbahn zu Preisen, die zwischen \$ 15—25 pro Acker schwanken, angekauft werden. Denn die Canadian Pacific hat genau wie die Union Pacific der Ver. Staaten, es verstanden, Millionen von Acker des fruchtbarsten Landes für ein Trüffelgeld in ihre Hände zu bekommen und zu sehr guten Preisen zu parzellieren. Allerdings ist damit die Tätigkeit der C. P. durchaus nicht erschöpft, da sie in ganz ähnlicher Weise wie Standard Oil zu den best organisierten und vielstimmigsten Trusts der Welt gehört. Sie ist an den verschiedensten Industriezweigen direkt beteiligt, beschäftigt 75 000 Personen und kontrolliert ganz Canada. Auf ihren Eisenbahnen betreibt sie Kohlen- und Metallbergwerke, Holz-fällereien, größten Maßstab, prächtige Hotels, Wälder- und Gärten-farmen, Delikatessen- und Drogeriegeschäfte, kurz alles, was nur in irgend einer Weise mit einer mächtigen Eisenbahn der Neuzeit in Verbindung gebracht werden kann.

In der östlichen Schwebelinde der Weizenregion finden wir die Zwillingsstädte der Getreidepreise, Fort Williams und Fort Arthur. Hier häuft sich Korn, Roggen und Weizen in immensen Quantitäten an, um später nach ausländischen Häfen geschickt zu werden. Das nordwestliche Ontario, einer der langen Gangarme des amerikanischen Ozeans, beherbergt in seinem Endreife die reichsten Kupferbergwerke der Welt, die sich vom Sudbury District bis in die äußersten Winkel der Provinz ausbreiten. Hier herrscht Standard Oil, das vier Quadratmeilen der östlichen Kupferminen sein eigen nennt, und

eine industrielle Schreckensherrschaft ausübt, die in furchtbar niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit ihren Ausdruck findet. Bis heutigen Tages ist es hier absolut unmöglich gewesen, die Lohnsklaven des heiligen Rockefeller zu organisieren, da jeder Organisateur oder Agitator, der sich sehen läßt oder in irgend einer Weise bemerkbar macht, kurzer Hand entfernt wird. Da viele Firmen in diesen Kupferbergwerken arbeiten, gibt es auch eine ganze Anzahl tüchtiger Kameraden, die ihre sozialistische Organisation nur dadurch aufrecht erhalten, daß sie als Temperenzvereine maskieren und auf diese Weise dem Zorne der gestrengen Kapitalisten entgehen.

Aber nicht nur der Kupferreichtum des Sudbury Districts gehört Standard Oil, sondern auch die meisten der wunderbaren Silberminen von Kombat eignen es. Diese Bergwerke zu beschreiben, würde zwei lange Artikel benötigen, ich habe jedenfalls niemals in meiner langen Tätigkeit als Grubenarbeiter etwas Ähnliches gesehen. Einen Begriff von dem ungeheuren Reichtum dieser Minen wird man vielleicht erhalten, wenn ich sage, daß ich auf einer Silberader stand, die ohne jede Unterbrechung durch Quarz oder minderwertiges Metall einen ganzen Fuß breit und dreißig bis vierzig Fuß lang war. Die ganze Länge hatte man noch gar nicht feststellen können, ebenso wenig die Tiefe, doch war niemand darüber im Zweifel, daß ganz ungeheure Massen des weißen Metalls dort in der Erde verborgen lagen.

Die Fabriken Canada's befinden sich fast ausschließlich in den Provinzen Ontario und Quebec, in denen sich mehr als die Hälfte der gesamten canadischen Bevölkerung zusammengedrängt hat. Toronto, die größte Stadt in Ontario, macht ganz den Eindruck einer geschäftsheligen Tochter der Vereinigten Staaten, an deren Grenze sie übrigens ja auch gelegen ist. Hier sind darum auch die Klassenlinien auch nicht weniger scharf gezogen als die in unferem „gelegneten“ Lande. Ottawa, die Hauptstadt der Herrschaft Canada, ist eine der schönsten Städte, die ich getroffen. Die Parlamentsgebäude sind im gotischen Stil aus canadischem graubraunem Marmor errichtet. Hier werden die Gesetze für das canadische Volk beschlossen und gegeben, die zwar vom englischen König durch seine Unterzeichnung bestätigt und genehmigt sein müssen, tatsächlich jedoch Gesetze werden, sobald sie vom Parlament angenommen sind. Denn der englische König ist nichts weiter als ein Puppenspieler, das gebildet wird, um die Gütlichkeit gewisser Kreise nicht zu verletzen, als ein Dekorationsgegenstand, was man sich umhängt, so lange wie es keinen besonderen Schaden tut. Die Politiker, welche sich in Ottawa zusammenfinden, sind jedenfalls nicht weniger kapitalistisch stubenrein als die der Vereinigten Staaten, als unsere heimischen Kongressleute. Sie schreiben Monarchie und meinen natürlich nur ihren eigenen Geldbeutel.

Montreal ist eine der ältesten und größten Städte Canada's, und hier ist erschreckendes Elend vorhanden. Schulen, Banken und Fabriken gehören hier vielfach den katholischen Kirchen und Klöstern. In diesen Fabriken herrschen Kinderarbeit, furchtbar lange Arbeitszeit und ungewöhnlich niedrige Löhne. Fast alles ist hier von Kirchen und Klöstern abhängig.

Die Meise in östlicher Richtung nach St. John, New Brunswick, ist langweilig, ohne jede Abwechslung. Die Stadt selbst sieht aus wie jeder Seehafenplatz an der atlantischen Küste. Dagegen ist Moncton, N. B., eine eigenartige Stadt. Sie liegt am Penticoite River und hat nur noch mit einem einzigen Orte (in China) jene Gräueltat gemein, die man „Bore“ nennt. Es ist jenes großartige Wasserbild, das in Zeiten des Flut- und Ebbewechsels die Wasserflächen einen riesigen Teppich zusammenrollen und dann in unbeschreiblicher Majestät nach allen Seiten auseinanderstürzen läßt. Und zwar ist es nicht nur das Bild, welches sich dem staunenden Auge bietet, das sich unerschütterlich in die Erinnerung des Zuschauers einprägt, sondern auch die ungeheure Kraftüberwindung der Natur, die sich im weitenweit hörbaren Rollen und Tozen der im brechenden Wellen ausdrückt.

ImBurr, N. B., an der Intercolonial Eisenbahn gelegen, ist eine Industriestadt, in der Tausende von Männern, Frauen und Kindern in Wollen-, Schuh- und Webfabriken beschäftigt sind. Die Fabrikanten sind seit etwa zwanzig Jahren in einem Schwarzamalgamband zu la Citizens Alliance organisiert und haben schon damals, in den ersten Jahren ihres Bestehens (zur Glanzzeit der Knights of Labor) Dokumente gegen die Arbeiter entlassen, die genau dieselben Ausdrücke und Phrasen gegen die organisierte Arbeit enthielten, wie die der Nat. Manufacturers Association. Ich habe einen derartigen Aufruf meiner Sammlung von Unternehmensdokumenten einverleibt.

Der nächste Halteplatz war Springhill, ein Kohlengrubenort, wo die heilige Stille des Streiks herrschte. Werzshunbert Mann fanden sich hier im Auslande und die Herren Clerks und Office-schreiber waren gezwungen, die Pumpen im Betriebe und die Feuer-lebendig zu erhalten. Auch Keeman leugnete zuvor jeden Bump, damit die Gruben nicht überflutet würden. Hier besuchte ich das am Ende des Städtchens zu Ehren v. 125 Verletzten, die im Jahre 1891 bei einer Explosion umgekommen waren, errichtete Denkmal, das die einfache, aber vielsagende Inschrift trägt:

„Männer der Arbeit, Ihr harbt für die Menschheit; Nur daß die Menschheit nicht weiß, was Ihr ihr waret!“

Sidney und Glace Bay, die nordöstlichsten Punkte auf Cape Breton Island, Nova Scotia, sind wahre Wienische Industriellen Flecken. In Sidney und North Sidney sind 4500 Mann in den Stahlwerken, in Glace Bay und Umgebung 8000—10 000 in den Kohlenbergwerken beschäftigt. Das in den Sidney-Werken in Stahl verwandelte Eisenerz kommt von Newfoundland, wo die wertvollsten und umfangreichsten Eisenerzfelder entdeckt wurden, die man bisher gefunden hat.

Ostlich von diesem Industriezentrum kommt man zu Lunenburg, einer wunderhübschen kleinen Stadt am Eingange des Falces von Annapolis, des Landes von Arabien, dem Schachplatz der herrlichen Longfellow-Erzählung von Evangeline.

Halifax, ein hübscher Seehafen von kriegerischem Aussehen, nimmt im weiteren Verlaufe unsere Aufmerksamkeit gefangen, denn hier hält die englische Regierung ihre Meeres- und heimische Flotte, möglichst häßlich auf ihre Adopitlandeskinder herabzusehen. Halifax ist nicht wenig stolz auf seine öffentlichen Gärten, die in der Tat sehr wertvoll sind und zu den schönsten in ganz Canada gehören sollen. In der Hotelkette erlaubt uns den Ausblick auf den Hafen, wo gerade Canada's Kriegsmarine vor Anker liegt. Die Seerüstung Canada's besteht aus einem ganzen Flottenpark, der wie ein Schiffchen, mit dem wir in unserer Kindheit in der Badewanne zu spielen pflegten, auf dem unruhigen Wasser hin und her schaukelt. Freilich ist die aus der offiziellen Krippe gefütterte canadische Presse eifrig dabei, für eine Vermehrung der Flotte Stimmung zu machen und dafür einzutreten, daß Canada in ähnlicher Weise, wie es Australien getan, zur Vermehrung der englischen Dreadnoughts und Torpedos eintrete, aber glücklicherweise vorläufig mit wenig Erfolg. Von Westen kommt ein lauter, weit hörbarer Protest. Die Farmer sind es, die einmütig ihre Stimme erheben und verlangen, daß man Eisenbahnen und Fracht-wagen anstatt Kriegsschiffe baue.

In den Grubenbezirken von British Columbia ist unter den Arbeitern die W. F. of M. (Western Federation of Miners, Organisation der Bergarbeiter, zumeist der Erzbergarbeiter) die allein maßgebende Organisation. Durch den Einfluß dieser Organisation wurden von der Provinzregierung des Aufschubverweigerer gegeben u. auch in allen Gruben, Schmelzereien u. Eisenwerken durchgeführt. In den meisten Orten, in denen die Bestimmungen des Gesetzes noch nicht voll in Kraft getreten, sind bereits von der Western Federation Schritte unternommen worden, um die notwendigen Veränderungen eintreten zu lassen.

(Fortsetzung folgt)

kommen — der Damm, der das preussische Volk von der Befehdung abhalten soll, ist bereits unterwühlt. Die Hochflut der Volksbewegung wird mit ihm fertig werden.

### Die Annahme des Sicherheitsmännergesetzes im sächsischen Landtag.

Am 9. Mai wurde im sächsischen Landtag über die Abänderung der sächsischen Berggesetzgebung (Dekret 11) sowie über die hierzu eingegangenen Petitionen bzw. freisinnigen und sozialdemokratischen Anträge betreffend die Wahl von Vertrauensmännern zur Unterstützung der Revierbeamten bei der Kontrolle der Betriebsverhältnisse des Bergwerks, sowie die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts, bzw. die Zuziehung von Sicherheitsmännern zur ständigen Überwachung der Sicherheit der Bergwerksbetriebe und deren Belegschaften beraten. Das Dekret bringt die Einführung von Sicherheitsmännern, den Entwurf einer Abänderung des Bergschadenrechts und eine einheitliche Neuredeaktion der gesamten Landesberggesetzgebung. Der Entwurf will die Unabhängigkeit der Sicherheitsmänner dadurch gewährleisten, daß sie, die im Arbeitsverhältnis verbleiben sollen, von der Wahl bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode ohne Kündigung nur beim Vorliegen eines gesetzlichen Entlassungsgrundes, im übrigen aber nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes und in diesem Falle nur unter Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden dürfen. — Den Sozialdemokraten genügt diese Garantien nicht, sie verlangen, daß die Sicherheitsmänner mit ihrer Wahl aus dem Arbeitsverhältnisse ausscheiden, als selbständige Funktionäre gelten und ihre Entlohnung aus der Staatskasse erhalten müßten.

Die Deputation (Berichterstatter Dr. Spiess) beantragte die Annahme des Entwurfes, dagegen die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags. Unser Kamerad Abg. Krause-Ligau verteidigte in wirkungsvoller Rede die Forderungen der Arbeiter zu diesem Gesetz. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Grundzügen:

Die Frage der Sicherheitsmänner hat nicht nur in den Kreisen der Bergwerksbesitzer Aufsehen erregt, sondern weit über diese Kreise hinaus, weil überall das lebhafteste Interesse besteht, daß Mittel und Wege gefunden werden, die die Massenunfälle in den Bergwerken nach Möglichkeit zu verhindern. Die sächsische Regierung hat zuerst versucht, die Unternehmer freiwillig zur Anstellung von Sicherheitsmännern zu veranlassen. Was muß die Regierung für einen Begriff von den sächsischen Bergwerksbesitzern haben! Die Bergarbeiter haben schon seit etwa zehn Jahren von der Regierung um einen erweiterten Bergarbeiterschutz ersucht, trotz aller Witten und Nachweise, daß die Unfälle und Krankheiten der Bergleute meist eine Folge der ungenügenden Kontrolle sind, hat sie aber gewartet bis zum Eintritt großer Massenunfälle, wie es die Radobrotastrophe war.

Die Berginspektion ist nicht eine solche, wie sie im Interesse der Bergarbeiter wie auch der Bergwerksbesitzer gewünscht werden muß. Das kommt eben davon, daß die Zahl der Beamten im Verhältnis zu dem Umfang ihrer Tätigkeit eine viel zu geringe ist. Andere Länder haben längst einen erweiterten Bergarbeiterschutz eingeführt. In England ist auch die Zahl der Unfälle in den Bergwerksbetrieben um die Hälfte kleiner als in Deutschland; die sächsische Regierung hat mit einem erweiterten Bergarbeiterschutz gewartet, bis Preußen auf diesem Gebiet etwas tat, und diese ihre Haltung damit begründet, daß Sachsen als kleiner Bergbaustaat in dieser wichtigen Frage nicht vorangehen könnte, weil darunter die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Bergwerksbesitzer leiden könnte. Sachsen, das sich sonst immer rühmt, an der Spitze der Kultur zu marschieren, hat seine Aufgabe gegenüber den Bergarbeitern nicht in der menschenswerten Weise erfüllt. Dies geschieht auch nicht durch die jetzige Vorlage. Der Sicherheitsmann kann nicht seinen Zweck erfüllen, wenn ihm solche Einschränkungen gemacht werden, wie dies hier, wo es dem Bergwerksbesitzer überlassen bleiben soll, die Rechte und Pflichten der Bergwerkskontrolleure selbst zu regeln, weil, so wird gesagt, die Verhältnisse auf den einzelnen Bergwerksbetrieben so verschieden sind, daß eine einheitliche Regelung nicht möglich wäre. Die Sicherheitsmänner, wie sie hier gedacht sind, werden ein zerbrechliches Spielzeug in den Händen der Bergwerksbesitzer sein. Es wird niemals das bringen, was wir erreichen wollen, nämlich einen erhöhten Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter. Wie kann es ein Sicherheitsmann wagen, der noch in irgend einem Bergwerksbetriebe in Arbeit steht, auf Beseitigung von Mängeln und Mischständen zu dringen, die Pflichten seines Amtes im Interesse der Bergarbeiter zu erfüllen! Wir haben in dieser Beziehung schon schlechte Erfahrungen gemacht, wir wissen, wie Bergwerksbesitzer die Wahl von ihnen nicht genehmigen Arbeitervertretern in die verschiedenen Korporationen zu vereiteln wissen. Deshalb haben wir auch den Antrag eingebracht, die Wahl in einem öffentlichen Lokal als Ruwertwahl stattfinden zu lassen, damit die geheime Wahl mehr gesichert wird. Wir denken uns den Sicherheitsmann als einen Mittelsmann, als ein Bindeglied zwischen Bergarbeitern und Bergwerksleitung, dann muß er aber auch frei und ohne Rücksicht und so oft er will, mit den Arbeitern verkehren und diese nach ihren Wünschen betragen können. Bei der Einrichtung der Sicherheitsmänner handelt es sich vor allem auch darum, Vorkehrungsregeln zu treffen. Redner gibt dann an der Hand von statistischen Unterlagen einen Überblick über die Unfälle im sächsischen Bergbau mit dem Hinzufügen, daß die Vergangenen moralisch Vorwurf gemacht hat. Massenunfälle werden nur dann zu vermeiden sein, wenn die Einrichtung der Sicherheitsmänner in der von uns vorgeschlagenen Form zustande kommt. Wenn unsere beiden Entwürfe abgelehnt werden, wären wir eigentlich gezwungen, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wenn wir trotzdem dafür stimmen, so nur, weil die Regierung sagt, sie betrachte das Gesetz nur als einen Versuch.

Redner kennzeichnet dann die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Bergschadenfrage. Die Vorlage enthält zweifellos einen kleinen Fortschritt und deshalb werden wir ihr zustimmen.

Die Ausführungen Krauses fanden auf den Banken der Sozialdemokraten lebhaften Beifall. Der Nationalliberale Langhammer hielt es für wünschenswert, daß der Sicherheitsmann ein Mann ist, der in Arbeit war und in Arbeit bleibt, natürlich soll seine Unabhängigkeit nach menschlichem Ermessen gewährleistet sein.

Der Finanzminister Dr. v. Hüger erklärt:

„Um zur Abklärung der Verhandlungen beizutragen, will ich mir erlauben, daß die Anträge auf Wahl in einem öffentlichen Lokal und auf Wiederwahl der Sicherheitsmänner für die Regierung unannehmbar sind.“

So etwas muß man zweimal lesen. Im Uebrigen hat bei der ganzen Beratung über die Frage der Sicherheitsmänner die sächsische Regierung die schäblichste Rolle gespielt. Ja diese Regierung, die das Gesetz eingebracht hat: kam her und hielt die ganze Vorlage für überflüssig!, weil die Einrichtung der Sicherheitsmänner höchstens „politisch-agitatorischen Unrathen Vorschub leistet.“ Und dann noch etwa unabhängige, gar noch vom Staate besoldete Arbeiterkontrolleure. So etwas vertrage sich nicht mit den Grundgesetzen des sächsischen Staatsrechts, das keinen von Arbeitern gewählten und vom Staate bezahlten Beamten kennt! Das sieht Sachen und seiner Regierung ähnlich. Der konservative Spiess meinte:

„Gewiß sind die Unglücke in den Bergwerken eins der schmerzlichen Kapitel in der Unfallstatistik. Wenn wir trotzdem gegen die Anträge der äußersten Linken sind, so geschieht es mit Rücksicht auf die im Bericht angeführten Gründe und weil wir uns vorläufig mit dem begnügen wollten, was uns die Vorlage bringt.“

Vizepräsident War (fortsch. Sp.):

„Wir betrachten die Vorlage nicht als das Ende der Gesetzgebung in bezug auf den Bergbau, aber sie ist doch ein kleiner Fortschritt. Die geheime Wahl und die Wiederwahl der Sicherheitsmänner sind aber für uns Bedingungen, von denen wir nicht absehen können.“

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, gegen den sich Abg. Brodau (fortsch. Sp.) wendet, wird mit 43 gegen 28 Stimmen angenommen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge mit 45 gegen 31 (freisinnige

und sozialdemokratische) Stimmen abgelehnt. Darauf wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Vornahme der Wahl der Sicherheitsmänner in einem öffentlichen Lokal als Ruwertwahl und auf Wiederwahl der Sicherheitsmänner werden gegen fünf konservative Stimmen angenommen.

Das „Unannehmbar“ der Regierung wird doch jetzt annehmbar werden.

### Volkswirtschaftliche Mundschau. Tabaksteuer-Folgen.

Die Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes haben sich für die Zigarettenindustrie als weit nachteiliger herausgestellt, als man anfangs befürchtet hatte. Der Absatz ist zum Teil auf die Hälfte herabgegangen und die Lager der Fabrikanten sind überfüllt. Mit Arbeits-Einschränkungen allein kann man sich vielfach nicht mehr helfen, sondern muß, der Not gehorchend, zur völligen Stilllegung der Betriebe übergehen. In Baden haben bereits 18 000 Unterhaltungen an beschäftigungslose Arbeiter bewilligt werden müssen, und an eine unermessliche Verringerung der Konjunktur ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Da hierunter auch die mittleren und kleineren Fabrikanten sehr empfindlich zu leiden haben, ist, wie der „Südd. Tabakztg.“ aus Mannheim mitgeteilt wird, im Verband der Zigarettenfabrikanten ein Antrag eingebracht worden, durch Vermittlung des Deutschen Tabakvereins bei den gesetzgebenden Faktoren darauf hinzuwirken, daß den Fabrikanten für die nachteiligen Folgen des neuen Tabaksteuer-Gesetzes ebenfalls eine billige Entschädigung aus Reichsmitteln gewährt werde. Die Generalversammlung nahm diesen Antrag nach eingehender Debatte an. Als Maßstab für die Entschädigung wurde der Umfang und die Dauer der Arbeits-Einstellungen in den einzelnen Fabriken in Vorschlag gebracht. Ob die frommen Leute, die durch die Erhöhung der Tabaksteuer so unendlich viel Geld, vornehmlich über die armen Tabakarbeiter gebracht haben, an eine Vergeltung glauben?

### Alkohol-Verbrauch in einzelnen Ländern (nach Zusammenstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes):

	Per Kopf der Bevölkerung Liter				
	1900	1906	1907	1908	1909
Dänemark . . . . .	7,5	—	6,4	—	—
Deutschland . . . . .	4,4	8,8	4,0	8,8	4,2
Niederlande . . . . .	4,1	3,7	8,8	8,5	—
Frankreich . . . . .	4,7	3,0	3,3	3,5	—
Vereinigte Staaten . . . . .	2,4	2,9	3,1	2,7	—
Großbritannien . . . . .	2,9	2,4	2,3	—	—
Norwegen . . . . .	1,7	1,5	1,5	—	—
Italien . . . . .	0,6	0,7	—	—	—
2. Bier-Verbrauch.					
Großbritannien . . . . .	142,9	120,3	125,4	—	—
Deutschland . . . . .	125,1	118,2	117,5	111,2	—
Dänemark . . . . .	101,5	—	97,4	—	—
Vereinigte Staaten . . . . .	60,7	70,5	80,5	70,5	—
Frankreich . . . . .	27	37	36	—	—
Niederlande . . . . .	30,8	20,7	23,0	20,7	—
Norwegen . . . . .	22,7	14,2	13,7	—	—
Italien . . . . .	9,7	1,2	—	—	—
3. Wein-Verbrauch.					
Frankreich . . . . .	180	142	176	163	—
Italien . . . . .	104	86	—	—	—

### Berggesetzgebung und -Verwaltung.

#### Bericht der Berginspektion Zweibrücken.

Der diesjährige Bericht der Berginspektion Zweibrücken bietet herzlich wenig und, soweit er Bezug nimmt auf Vorkommnisse auf den einzelnen Gruben, werden die Namen der einzelnen Werke verschwiegen, so daß der Leser raten muß, welche Grube gemeint ist. Da kann man lesen, daß „bei einigen Aufzügen über Tage die selbsttätigen Verschlässe in betriebsfähigem Zustand verbleiben mußten“, daß „Spritzwasserleitungen nicht funktionierten“, daß „Variieren an Brennschneidern oder Schuttländern an gehenden Maschinen fehlten“, daß „ein Luftschlauch wegen anstehender Schlagwetter eingestellt und die Entfernung durch Einbau einer Lattenleitung veranlaßt wurde“, daß „auf Anregung eines Arbeitervertreters gelegentlich seiner Teilnahme an einer Grubeneinfahrung eine Werkleitung zur Trodenlegung und Säuberung der Strecken angehalten werden mußte“, aber auf welchen Werken die Unordnungen vorgefunden und welche Werkleitung durch einen Arbeitervertreter zur Trodenlegung der Strecken angehalten wurde, das verschweigt der Bericht. Dazu liegt doch wahrhaftig kein Grund vor, umso weniger, als in der „Pfälzischen Post“ die nassen Strecken auf Grube Frankenthal kritisiert wurden und ebenfalls ihre Trodenlegung mitgeteilt wurde! Auch die Mitteilung über das Anfaulen von Schlagwettern kann sich nur auf die Grube Frankenthal oder Verbach beziehen, da St. Ingbert und Steinbach weiterfrei sind. Diese Geheimnisthümerei ist zwecklos und irreführend, deshalb zu verurteilen.

Der Bergbau in der Pfalz hat auch im letzten Jahre eine kleine Steigerung zu verzeichnen, soweit Produktion und Zahl der Arbeiter in Frage kommen, während dahingegen die Förderwerte zurückgingen. Gefördert wurden im ganzen 903 470 Tonnen gegen 879 680 im Vorjahre, im Werte von 10 183 920 Mk. gegen 10 290 600 Mk. im Jahre vorher. Der Rückgang des Förderwertes ist hauptsächlich durch Sinken der Kohlenpreise von 12,91 Mk. auf 12,61 Mk. pro Tonne verschuldet. Warum die Kohlenpreise in der Pfalz zurückgingen, während dies in Oberbayern nicht der Fall war, sagt der Berginspektor uns nicht. Die Belegschaft, die im Jahre 1908 nur um 11 Mann stieg, ist 1909 um 205, von 4559 auf 4764 gestiegen, während die Zahl der Werte von 102 auf 99, also um 3 zurückgingen. Mehr als der Gesamtzuwachs, sowohl der Belegschaft (221) als auch der Förderung (38 408) entfiel auf den Kohlenbergbau allein, so daß der andere Bergbau, außer Schwerpat, zurückgegangen ist und zwar ging die Kupfererzfindung um rund 10 000 Tonnen, die der Tonerde von 178 878 auf 165 870 Tonnen, mithin um 7008 Tonnen zurück. Beim Schwerpat ist eine Steigerung von 82 000 auf 111 823 Tonnen und eine Zunahme der Arbeiter um 11 Mann zu verzeichnen. Der Rückgang in der Kupferförderung ist durch Um- und Neubau der Betriebsanlagen verschuldet und folglich ist es der Tonbergbau, der am härtesten von der Krise betroffen wurde.

Die Lohnverhältnisse stehen im ganzen Inspektionsbezirk erbärmlich und weisen teilweise Rückgänge, teilweise minimale Steigerungen auf. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten 1907 im bayerischen Landtage alles aufgegeben, für alle Staatsarbeiter eine 15 prozentige Lohnaufbesserung vom 1. Oktober 1907 ab durchzusetzen, was jedoch die „alleinseeligmachende“ Zentrumspartei mit ihren „christlichen“ Gewerkschaftssekretären verhinderte, aber dann selbst den Antrag stellte, am 1. Januar 1909 20 Pfennig zuzulegen, diesen Antrag im 10. Ausschuss mit Hilfe der Sozialdemokraten durchsetzen, im Plenum wieder ablehnen, d. h. an den Finanzschutz zurückverweisen und schließlich die „Affordardener“ grundsätzlich von jeder Lohnaufbesserung ausgeschlossen. Dieser „christlichen“ „Arbeitervertretung“ entsprechend sind denn auch die Hauertlöhne, die Löhne der „Affordardener“ 1909 an mehreren bayerischen Staatsgruben zurückgegangen. Auf Grube Mittelbergbach sank der Schichtlohn der unterirdischen, eigentlichen Bergarbeiter von 4,61 Mk. auf 4,50 Mk., also 11 Pfg. pro Schicht. Der Jahreslohn sank von 1392 Mk. 1908 auf 1371 Mk. 1909, mithin um 21 Mk. Auch auf Frankenthal ist der Lohn der Hauer um 10 Pfg. pro Schicht gesunken, während auf St. Ingbert eine Steigerung um 9 Pfg., von 4,68 auf 4,77 Mk. eingetreten ist. Die höchste Lohnsteigerung erzielte die Belegschaft der Grube Steinbach, von 3,45 auf 3,86 Mk., Jahreslohn von 1051 auf 1141 Mk.; und um diesen Jahreslohn noch zu erreichen, mußte die Belegschaft vorigen Sommer erst einige Tage streiken! Noch damit nicht zufrieden erwiderte, trocken nach zwei Tagen die meisten wieder in den Bau, so daß die Lohnzulage von der Betriebsleitung „freiwillig“ zugestanden wurde. Den höchsten Lohn aller pfälzischen Bergarbeiter verdienten auch im letzten Jahre die Hettelndelheimer-Eisenberger Tongraber, die einzige Belegschaft, die organisiert ist und die sich den Arbeitererrat „Eis. M.-Glabbach“ verbietet. Hier stand der höchste Schichtlohn auf 6,08 gegen 5,94 Mk. der Jahreslohn 1649 gegen 1633 Mark im Jahre 1908. Ein Hettelndelheimer Tongraber hat im Jahre 1909 immerhin 273 Mark

mehr verdient, als ein „königlicher“ Bergmann in Mittelbergbach. Dafür werden die Mittelbergbacher aber um so fester hinter Eis. M.-Glabbach stehen, um auch im nächsten Jahre wiederum mit — Schimpfen auf die „Genossen“ einloht zu werden!

Im allgemeinen stehen die Lohn-Verhältnisse in ganz Wahren Hundsmittelbach, denn auf 18 Gruben verdienen selbst die unterirdischen Arbeiter unter 1000, auf 13 unter 900 und auf 7 sogar unter 800 Mk. Jahreslohn! In der Pfalz blieben die Jahreslöhne auf zwei Gruben unter 1000, auf einem Werk unter 800 Mark. An diesen Zahlen können die Bergleute am besten erkennen, was sie noch durch die Organisation zu leisten haben, um mit anderen Arbeitern wirtschaftlich gleichgestellt zu sein.

Eigentliche Gruben-Inspektions-Befahrungen fanden 102 gegen 202 im Vorjahre statt. Es kamen mithin nicht einmal zwei Befahrungen auf das einzelne Werk; sicherlich zu wenig. Dennoch wollen wir gerne anerkennen, daß die beiden Beamten ihr Menschensmögliches getan haben und daß durch das energische Einschreiten des Herrn Propkranz manches gebessert, auch das Vertrauen der Arbeiter zur Bergbehörde gehoben worden ist. Beide Herren haben bei ihren Befahrungen die Arbeiterauschussmitglieder mit herangezogen, dadurch mehrere Mischstände entbunden und beseitigt. Ein Beweis für die Mithilfe der Arbeiter, von diesen gewählt und vom Staate besoldet. Daß diese Förderung erfüllt wird, dafür Sorge jeder Bergmann durch Stärkung des Bergarbeiterverbandes.

### Zur Reform der Berginspektion.

#### Kaligeseh und Unternehmerterror.

Wie die Arbeiter auf den Kaliverten behandelt werden, ist bekannt. Und nicht ohne Ursache hat man im neuen Kaligeseh wenigstens etwas zum Schutze der Arbeiter getan, falls es den Kaligrubenbesitzern einfallen sollte, sich wegen des Kaligesehes an den Arbeitern zu rächen bzw. sich an diesen schadlos zu halten. Und mit Recht hat es auch in der jüngeren Woche im Reichstag erklärt, daß die Bestimmung über das Kaligeseh (s. y s t e m im Kalibergbau im Interesse der Arbeiter zu begründen sei, da der Lebensschutz der Arbeiter hierdurch eine Förderung erfahre. Vielleicht bringen folgende Tatsachen noch die Regierung zum Nachdenken und zum Handeln. Wahregelungen sind im Kalibergbau nichts neues. So wurden vor kurzem noch von der Gewerkschaft Sattorf vier Bergarbeiter gemahnt, weil sie sich erechzt hatten, einen Bergarbeiterversammlung beizumischen, die von Bergarbeiterverbände einberufen war. Schon hatte man versucht, den Saal abzutreiben, wie man uns ja später wieder ein anderes Lokal abgetrieben hat. Wer da den Saal abtreiben will, ist klar. Über schließlich werden auch in anderen Bergbaubetrieben den Verbänden die Säle abgetrieben. Was bei Sattorf bemerktenswert ist, ist, daß das Werk alle Ursache hat, die öffentliche Kritik gegen sich zu unterbinden. So wird uns von diesem Werke geschrieben, daß die Förderung zu einem großen Prozentsatz aus laugernem Steinsalz bestehen soll, ebenso, daß nicht verarbeitbares Stängelsalz gefördert wird, sondern dasselbe erst mit 80 Prozent Kalium — oder mit dem Inhalt von Störksteinen aufgemischt werden muß!!! Es ist ja eigentlich Sache des Syndikats, hier nach dem Rechten zu sehen, aber wir glauben, daß jetzt wohl auch die Regierung so ein Stück Pflicht ausübt, wenn sie solchen eventuellen Manipulationen der Kaliverte, wo sie vorkommen, nachspürt. Wir glauben recht gehandelt zu haben, wenn wir auf solche Dinge aufmerksam machen, damit sie untersucht werden können.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Bericht des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats für 1909.

Der Bericht des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats für das Jahr 1909 ist erschienen. Dem Bericht entnehmen wir für heute folgendes: Zunächst wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Krise nicht alle Zechen des Syndikats gleichmäßig betroffen hat. Die Feierschichten seien in der Hauptsache mehr auf die reinen Werke entfallen, dahingegen hätten sich die Hüttengewinn durch Steigerung des Selbstverbrauches aus eigener Förderung der Wirkung der Beeinträchtigung der Beteiligungsanteile entziehen können. So erklärt es sich, daß sich die Verteilung der Gesamtförderung zwischen reinen Zechen und Hüttengewinn in den Jahren 1908 und 1909 in folgender Weise verschoben hat:

	1908	1909	(Tonne)
Förderung der reinen Zechen	60 338 205	57 814 231	- 3 023 974
„ Hüttengewinn	21 582 333	23 514 163	+ 1 931 830
Gesamtförderung	81 920 537	80 828 808	- 1 091 729

Ganz besonders machte sich für die reinen Zechen der Umstand fühlbar, daß die in obigen Zahlen enthaltene Kohlerzeugung von den Hüttengewinn im Jahre 1909 wesentlich gesteigert wurde.

Da die deutsche Hoheisenerzeugung des Jahres 1909 mit 12 017 663 Tonnen an die bisherige Höchstleistung des Jahres 1907 von 13 045 780 Tonnen fast heranreicht, so sollte man annehmen, daß die Lage des Kohlesmarktes im Berichtsjahr nicht viel ungünstiger gewesen wäre als im Jahre 1907. In Wirklichkeit hat aber der Kohlsatz für Rechnung des Syndikats betragen: 1907: 12 989 779 Tonnen, 1908: 9 878 750 Tonnen, 1909 nur 9 152 425 Tonnen, und während im Jahre 1907 die Kohlerzeugung von Januar bis Juli bis zu 130 Pfg. der Verteilungsziffern freigegeben und von August bis Dezember auf 100 Pfg. festgesetzt werden konnte, mußten 1909 die allerdings um fast 1/2 Millionen Tonnen gesteigerten Beteiligungsanteile in Kohls bis Oktober auf 60 Pfg. und für November und Dezember auf 65 Pfg. herabgesetzt werden.

Dieser erhebliche Rückgang im Kohlsatz für Rechnung des Syndikats ist jedoch nicht allein auf die Verteilung zwischen reinen Zechen und Hüttengewinn zurückzuführen, sondern auch der gesteigerten Kohlerzeugung der Nichtsyndikatszechen, insbesondere der fiskalischen Zechen im Ruhrgebiet und der Zechen des nachener Reviers zuzuschreiben.

Während also diese Umstände bei den reinen Zechen die Einleitung zahlreicher Feierschichten erforderlich machten, feierten die Schachtanlagen der Hüttengewinn und der außenstehenden Zechen nur selten oder gar nicht. Die natürliche Folge war eine weit verbreitete Lohnaufreißerei bei den reinen Zechen wegen der unliebsamen Nebenwirkungen, darunter an erster Stelle ein starker Wechsel der Belegschaften mit der damit verbundenen ungünstigen Einwirkung auf die Betriebsverhältnisse.

Die „Solidarität“, die die Hüttengewinn den reinen Zechen entgegenbringen, dürfte in nicht allzu langer Zeit zu einer schweren Krise im Syndikat führen. Vielleicht schon bei der nächsten Erneuerung des Syndikats. Und es kann dann auch etwas Ähnliches kommen, was wir jetzt in der Kalindustrie erleben, ein staatliches Eingreifen! Freilich sind die Syndikatsherren in der Kohlenindustrie gewaltiger und mächtiger als die in der Kalindustrie. Und die Regierung wird nicht ohne Not sich an diesen Herren die Finger verbrennen. Aber von irgend einer Seite wird sie doch an das Syndikat herantreten müssen, wenn es den Starcken in der Kohlenindustrie paßt, die Bügel schieben zu lassen. Nun, zerbrechen wir uns heute nicht den Kopf darüber.

In dem Bericht wird weiter festgestellt, daß im Laufe des Jahres 1909 ein allmählicher Umschwung in der Kohlenindustrie eingetreten ist. Während im ersten Vierteljahr Kohlenförderung und Absatz ganz erheblich hinter den entsprechenden Ziffern des Vorjahres zurückgeblieben sind, und dieses Vierteljahr den Tiefpunkt in den Absatzverhältnissen der letzten Zeit bezeichnend, hat sich während des Sommerhalbjahres der Absatz gegen das Vorjahr langsam vermindert, bis im letzten Vierteljahr der lebhafteste Aufschwung für gewerbliche Zwecke Förderung und Absatz die entsprechenden Zahlen des Jahres 1908 wieder überschritten ließ. Der Versand in Kohls und Bricketts hat sich in ungefähre gleichen Bahnen bewegt.

Die in den Zechenbesitzer-Versammlungen für das Jahr 1909 festgesetzten Beteiligungsanteile stellten sich von Januar bis März für Kohlen auf 80 Pfg., für Kohls auf 60 Pfg. und für Bricketts auf 78 Pfg., im April auf 80 Pfg. bzw. 60 Pfg. bzw. 75 Pfg., von Mai bis Oktober auf 80 Pfg. bzw. 60 Pfg. bzw. 80 Pfg., im November und Dezember auf 80 Pfg. bzw. 65 Pfg. bzw. 80 Pfg. bzw. 80 Pfg. bzw. 80 Pfg.

Die Preise für das Abzugsjahr 1909/10 sind bereits im November 1908 festgesetzt worden. Für Kohlen wurden bei den meisten Sorten um 0,25 Mk. bis 0,50 Mk. für die Tonne ermäßigt. Für Hochofenkoks und Kohlschlacken wurden neue Preise zum 1. Januar 1909 mit Gültigkeit bis zum 30. September 1909 beschlossen. Die Ermäßigung betrug für Hochofenkoks 2 Mk. und für Kohlschlacken 1,25 Mk. die Tonne. Wegen der unübersehbar ungünstigen Lage der Hoheisenindustrie wurden die Preise für das Winterhalbjahr 1909/10 abermals ermäßigt



Die Landesversicherungsanstalt Westfalen und eine Reihe von Gemeinden hatten den Antrag gestellt, wonach der Verein besondere Unternehmungen zur Errichtung von Füllvorrichtungen zwecks Befämpfung der Lungen- und Keimkopftuberkulose und sonstigen übertragbaren Krankheiten hergeben sollte. Der Kuraturschuss und auch der Vorstand sind der Meinung, daß der Verein in dieser Beziehung sein Möglichstes zu tun und Lehren deshalb den Antrag ab.

Der Veltste Freude-Buschhausen wird seines Amtes enthoben. Freude hat nachweislich Gelder für Rentenempfänger mitgenommen. So im November v. J. 70 Mk. Dann besuchte er mit dem Zahlbeamten mehrere Wirtschaften und betraut sich derartig, daß man ihn später im Hause gefangen auffand. Nun erstattete er am 10. November Anzeige bei der Polizei, man habe ihn betraubt. Am andern Tage gab er aber an, er habe den Ueberfall erdacht, um wieder in den Besitz seines Fahrrades zu gelangen. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Verfehlungen in Verbindung mit den Vorstrafen des F. genügen, um ihn seines Amtes zu entheben.

Der Vorschlag des Sängersauschusses betr. Mindestkrankengeld nach § 12 wurde in nachstehender Fassung angenommen:

1. Hat ein Mitglied die Wehse genommen, so hat es nach § 10 der Satzung mit dem Tage der letzten Schicht die Mitgliedschaft verloren. Nimmt es keine neue Beschäftigung gegen Entgelt auf, so hat es nach § 12 der Satzung Anspruch auf die Mindestleistungen der Kasse, wenn der Unterstufungsfall innerhalb drei Wochen von dem Tage der letzten Schicht folgenden Tage an gerechnet, eintritt.
2. Ist ein Mitglied entsprechend der Arbeitsordnung aus der Beschäftigung ausgeschieden, so liegt damit ein Ausscheiden aus der Mitgliedschaft vor und es sind die Mindestleistungen nach § 12 der Satzung zu gewähren.
3. Im Fall der Verurteilung eines Mitgliedes durch die Sachverwaltungen wird ein Ausscheiden aus der Mitgliedschaft nicht angenommen, sofern der Urlaub in die Woche fällt, für die die Beiträge bezahlt sind, oder, sofern der Urlaub nicht länger als drei Arbeitstage dauert. Wird z. B. ein Mitglied am Sonnabend krank, so würde für die zwei ersten Arbeitstage der nächsten Woche die Mitgliedschaft noch erhalten sein. Derselben Regeln sollen bei willkürlichem Feiern gelten, sofern nicht der Fall unter Nr. 2 eintritt.
4. Hat ein Mitglied, bevor es die Wehse genommen hat, bereits mit einer anderen Vereinszweige einen Arbeitsvertrag geschlossen und erkrankt es, bevor es die Arbeit tatsächlich hat aufnehmen können, so ist es zu den vollen Krankentafelleistungen berechtigt, wenn die Erkrankung innerhalb der letzten Beitragswoche eintritt oder falls der Mann die letzte Schicht in den letzten Tagen dieser Woche verlassen hat, innerhalb drei Tagen nach der letzten Schicht.

Die Bestimmungen zu Artikel 8 finden also sinngemäße Anwendung. Hierbei stimmen auch die Verbände trotz ihrer prinzipiellen gegenläufigen Ansicht, weil z. B. nichts Unbilligeres zu erzielen ist.

Es wurde dann mitgeteilt, daß die Vereinbrosche Bergwerks-Gesellschaft in Essen 4-500 Mk. und der Verein für die Arbeiter in Essen 800 Mk. zur künstlerischen Ausschmückung des neuen Verwaltungsgebäudes geschenkt haben.

Die nochmalige Abstimmung über den Antrag auf Pachtung des Gemeindefriedhofes in Verne ergab wiederum Einstimmigkeit und haben wir die weitere Entwidlung der Sache jetzt abzuwarten.

Die Mitglieder in Wolmarstein forderten in einem Antrag das ganze Krankengeld oder wenigstens eine Vergütung für das Tragen ihrer eigenen Kleidung während der Kur. Dieser Antrag wurde mit Einstimmigkeit zum zweiten Male abgelehnt.

Die Bildung von zwei neuen Veltstehensprengeln in Vorbeck und die Teilung des Sprengels des Veltstehens Walter-Carnap in Carnap wird gutgeheißen. Die Wahlen sollen mit den allgemeinen Wahlen stattfinden. Dagegen beantragt die Verwaltung nachstehende Neuwahlen sofort vorzunehmen:

1. Für den verstorbenen Veltstehenden Drees.
  2. Für den Veltstehenden Anniemann, welcher wegen seines vorgerückten Alters sein Mandat niederlegen will und Ersatzmänner nicht vorhanden sind. Als Tag der Neuwahl wird der 25. Juni bestimmt.
- Die Verwaltung teilte dann mit, daß eine Revision der Lungenheilstätte in Beringhausen durch den zuständigen Ausschuss stattgefunden habe, um die Beschwerden einer Anzahl Mitglieder, die sich in einer Beschwerdeschrift an den Vorstand gemeldet, zu untersuchen. Beschwerden seien von den Mitgliedern dem Ausschuss gegenüber nicht vorgebracht worden. Auf die Frage des Anknüpfungspunktes wies man nach dem Beschwerdeführer-Neugebauer habe der Anstaltsleiter Dr. Tenholt erklärt, daß derselbe nicht mehr in der Anstalt sei. Unser Veltstehender Jungesblut stellte hierauf fest, daß Neugebauer noch in der Anstalt ist und daß die Angabe Tenholts, derselbe sei nicht mehr in der Anstalt, nicht zutreffend war. Jungesblut beantragte darum eine nochmalige Untersuchung. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der frühere Gewerkevereinsälteste sagte demgegenüber, die übrigen „christlichen“ Veltstehenden hätten sich schon verdrückt, warum wohl? Fühlten sie sich, Farbe zu bekennen? Der Veltstehende Feldrinz enthielt sich der Abstimmung. Wir verstehen die Gründe nicht, die Beitritt dazu voranzutreiben und sind mit seiner Haltung nicht einverstanden. Mehr wollen wir jetzt dazu nicht sagen, weil wir den maßgebenden Faktoren, die sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen werden, nicht vorgreifen wollen.

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Boschum.** Nachstehende Berichtigung der in Nr. 18 der „Bergarbeiter-Zeitung“ Seite 6, unter dem Kennwort „Zeche Constantin III“ veröffentlichten Notiz ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen: Es ist nicht richtig, daß auf Zeche Constantin der Große Schacht III diejenigen Arbeiter nicht anfahren durften, die nicht in der Lage waren, sich der Notprobe zu unterziehen; richtig ist, daß bis jetzt aus diesem Anlaß noch niemand eine Schicht verloren hat. Es ist ferner unrichtig, daß Arbeiter, denen in der Waschküche die Leine des Kleideraufhanges von der Welle gefallen ist, sofern sie sich gemeldet haben, vier und mehr Wochen auf Wiederbeschaffung warten müssen. Gewerkschaft Constantin der Große, Bielefeld.

**Zeche Deutscher Kaiser (Schacht II und V).** Dieser modern eingerichtete Betrieb hat schon so manches Menschenleben gekostet, trotzdem gewöhnt man sich nicht an peinliche Ordnung. Mit dem elektrischen Strom in den Querschlägen geht man sehr leichtfertig um. Beim Schichtwechsel, mittags, wird der Strom punkt 2 Uhr ausgeschaltet. Um diese Zeit beginnt auch die Seilfahrt. Die Fahrmotoren werden 5 bis 10 Minuten vor 2 Uhr verlesen. Die Mannschaft, die den elektrischen Querschlag passieren muß, will auch zeitig am Schacht sein. So ist es schon vorgekommen, daß Leute beim geringsten Ausstrich von dem Strom nach dem Stoß befürnungslos abgeworfen wurden. Kann der Strom, um jeder Gefahr zu begegnen, nicht um 1 1/2 Uhr ausgeschaltet werden? Der Steiger Unkar läßt alte Leute am Schacht abschleppen. Da es am Schacht einmal nicht zugeht, weigern sich solche Leute hinzugehen. Andere Arbeit gibt's nicht, Scheine zum Ausfahren auch nicht und die Leute sind ihrer Schicht verheißung. Auch scheint der Herr nicht's besser ausgebildet zu sein wie die Hauer. Wenn in einer Arbeit Steine aufgeschossen werden müssen, meint der Herr: „Dummheit, Kohle, Kohle, heißt im Kohlberg die Parole. Er verbißt dem Schichtmeister, den Stein abzuschleppen und durch seine praktische Tüchtigkeit wird den Arbeitern die Arbeit aufs höchste erschwert. Auch werden Klagen über Seilfabrikordnung geführt. Die Körbe werden überfüllt, mit offenen Körben Leute gefördert, auch ist es schon vorgekommen, daß auf zwei Tagen Leute, auf zwei Tagen Kohlen gefördert wurden. Das sogenannte „Bagerverdrängen“ scheint überhand zu nehmen. Es kommt vor, daß Kameradschaften bis 20 Wagen mit einem Schläge weggenommen. Wo bleiben diese? Will man das altentümliche System mit den Holzspinnen immer noch nicht abschaffen?

**Zeche Ewald III und IV.** Während man auf anderen Zechen des Ruhrreviers zur Zeit noch Feierschichten einlegt, steht das Ueberfließen von Wasser auf dieser Zeche in voller Blüte. Jede Woche prangt einige Male am schwarzen Brett der Anschlag: „Morgen wird eine halbe Schicht verfahren.“ Vielfach ist es vorgekommen, daß die Leute von der Mittagschicht wieder umkehren mußten. Obersteiger und Reviersteiger geben sich alle erdenkliche Mühe, die Leute zu Ueberflüssen zu veranlassen, besonders Steiger Fuhr, Revier 7. Dieser Herr erklärte einem Arbeiter, wenn er keine Ueberflüssen machen wolle, bestäme er andere Arbeit; was das zu bedeuten hat, wird wohl jeder Bergmann wissen; also will man die Leute förmlich zu Ueberflüssen zwingen. Auch wird vielfach geklagt über Strafen wegen Förderns unreiner Kohlen, besonders in Flöz 21; dort wurden einem Kameraden innerhalb 17 Monaten

47,50 Mk. für Strafen wegen unreiner Kohlen abgezogen; auch ist es schon vorgekommen, daß man Leute wegen Förderns unreiner Kohlen bestraft hat, wenn sie keine Kohlen gefördert haben.

**Zeche Gannibal II.** Die Strecken im Revier IV sehen sehr übel aus. An Material mangelt es sehr oft, für den dadurch entstehenden Zeitverlust erhalten die Arbeiter jedoch nichts. Auch das Verbaufen wird schlecht bezahlt und geschieht mangelhaft, so daß viele Brüche entstehen. Die Schürferer wird immer schlimmer, trotzdem werden an hauer Löhne von 4,70-4,90 Mk. gezahlt. Der Steiger G. scheint ganz vergessen zu haben, daß auch er einmal Arbeiter war.

**Zeche Gibernia.** Auf diesem Blätt geht es in letzter Zeit sehr ordnungsmäßig zu. Bei einer Belegschaft von ungefähr 850 Mann liefen vom 30. April bis 12. Mai täglich beim Schichtwechsel drei Drausen; unter diesen müssen sich von der Morgenschicht ungefähr 700, von der Nachmittagschicht 100 und von der Nachtschicht 40 Mann waschen. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, wird wohl jedem vernünftigen Menschen einleuchten und hoffen wir, daß diese Stellen dazu beitragen werden, daß sofort Regelung geschaffen wird. Wir wären nicht mit unseren Klagen an die Öffentlichkeit gegangen, wenn die Beschwerden hierüber gehört und durch den Herrn Vizeföhrer Selbach und den Herrn Betriebsführer Ordnung geschafft worden wäre. Inzwischen, diese Herren haben etwas besseres für das Wohl ihrer Arbeiter zu tun; das kommt einem zum Bewußtsein, wenn man das Verhalten des Herrn Vizeföhrers in der Grube sieht. Der Herr Vizeföhrer Selbach ist wohl extra von Schanroed nach Gibernia versetzt, um hier die gleichen Verhältnisse einzuführen wie dort. Schanroed III und IV war unter der Herrschaft des Herrn Vizeföhrers; das reine sogenannte Polzeiloch, das Antreiben der Beamten und Arbeiter wurde dort nie nirgends anders betrieben; das gleiche wird wohl von dem Herrn Vizeföhrer hier einzuführen beabsichtigt. Doch das Sprichwort heißt: „Wird der Bogen zu straff gespannt, so springt er“ und geben wir dem Herrn Vizeföhrer den Rat, mit den Arbeitern besser zu verfahren wie bisher. Das Verhalten des Fahrleiters Lobbed kann auch nicht gutgeheißen werden. Dieser Herr scheint die Lohnverhältnisse der Arbeiter dadurch aufbessern zu wollen, daß er dieselben einzuschlechtern versucht; kommt derselbe z. B. vor einen Betriebspunkt, wo bei dem dort in Betracht kommenden Bedinge kein auskömmlicher Lohn zu verdienen ist und die Arbeiter bringen ihre Klagen vor, ist er der „weissen“ Ansicht, das Bedinge siehe noch zu hoch, sollten die Arbeiter bei dem Bedinge nichts verdienen, würden dieselben verlegt werden und andere Kameraden ihre Stellen einnehmen; dieses Verfahren kann indes nicht zum guten Ende nehmen zwischen Arbeitern und Beamten führen und wird der Herr wohl noch aus seiner früheren Zeit, in welcher derselbe selbst Arbeiter war, wissen, daß es sehr peinlich für den Arbeiter ist, wenn er trotz angestrebter Arbeit nicht imstande ist, bei dem bestehenden Bedinge einen auskömmlichen Lohn zu verdienen.

**Zeche Gibernia.** Auf genannter Zeche herrschen verschiedene Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Es ist erstaunlich, mit welcher Mühe und Gebuld seitens der Belegschaft diese Zustände ertragen werden, noch verwunderlicher aber ist es, daß seitens des Ausschusses keine Schritte unternommen werden, damit eine Änderung der Verhältnisse eintritt. Es dürfte schwer fallen, innerhalb des Ruhrreviers eine zweite Klasse aufzutreiben, welche sich in Bezug auf Drausen mit der obigen messen könnte. Beim Schichtwechsel steht es unter den Drausen aus, wie in einem Amelienbauern. Von den 28 vorhandenen Drausen sind es doch sage und schreibe vier, die am Laufen sind, von den anderen kommt kein Tropfen Wasser heraus. Es kann sich jeder ein Bild vorstellen, wie es da aussieht bei einer so starken Belegschaft von ca. 1000 Mann. Und dann hier Drausen! Die Kameraden versuchen und tun alles Mögliche, sich vom Kohlendreck reinzuwaschen. Als ein großer Missethan ist es zu bezeichnen, wenn am Lohn- oder Abfertigungstage die ganze Belegschaft bei Wind und Wetter drausen im Freien auf den dürftigen Lohn warten muß. Eine kleine Abhilfe wäre es schon, wenn die Herren wenigstens pünktlicher anfangen und seltener auslöshnen möchten und die Arbeiter mit ihrem hungrigen Magen auf die sauer verdienten Groschen nicht stundenlang warten lassen wollten. Im Flöz 16 sind hier die Gebirgs- bzw. Flözverhältnisse so schlecht, daß es bei dem auch noch zu niedrigen Bedinge nicht möglich ist, reine Kohlen zu liefern. Trotzdem werden die Arbeiter fortgesetzt mit Strafen belegt. Es ist jedenfalls unredlich, die Arbeiter zu bestrafen für etwas, was sie nicht verschuldet haben und nicht ändern können.

**Zeche Holland (Berichtigung.)** Es ist unwohl, daß die Waschküche der Zeche Holland viel zu klein ist. Die Belegschaft findet reichlich Platz in der Kasse, auch sind genügend Haken zum Aufhängen der Kleider vorhanden. Die Behauptung, die Waschküche der Beamten sei räumlich so groß wie die der Arbeiter, ist ebenfalls unwohl. Die Mannschafsklasse ist mindestens sechsmal so groß wie die der Beamten. Es ist unwohl, daß den Arbeitern die Schichtzeit durch Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt verlängert wird. Es ist unrichtig, daß die Arbeiter zu Unrecht bestraft werden. Eine Bestrafung wegen Mindermaß erfolgt nur, wenn die Wagen absichtlich nicht genügend beladen werden. Es ist unrichtig, daß mit der Anlieferung des Holzes sehr gepart wird. Sämtlichen Betrieben wird Holz in ausreichenden Mengen zugeführt. Es ist unrichtig, daß das Bedinge so niedrig steht, daß die Leute keine auskömmlichen Löhne verdienen können. Die Bedingeliste entspricht durchaus den jeweiligen Verhältnissen. Pöhenig, Utten-Gesellschaft für Bergbau und Güttenbetrieb, Abteilung Bergwerksverwaltung, Overhuhn.

**Röhrer Bergwerks-Verein (Berichtigung.)** Unter Berufung auf den § 11 des Reichspressgesetzes ersuchen wir ergebenst um Veröffentlichung nachstehender Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß in dem Revier des Steigers Wohnort die Bedinge so niedrig stehen, daß hauer Löhne von 4,80 bis 4,70 Mk. keine Seltenheit sind. Richtig ist, daß nur an zwei Betriebspunkten des Reviers 4,70 und 4,74 Mk. verdient ist. Dieser geringe Verdienst ist jedoch nur auf die schlechte Leistung der betreffenden Hauer zurückzuführen, denn im folgenden Monat sind in denselben Betriebspunkten bei gleichen Verhältnissen und gleichem Bedinge von anderen Kameradschaften Löhne von annähernd 7 Mk. verdient worden. Wenn der Steiger Wohnort Arbeiter mit so schlechten Leistungen hierauf entsprechend aufmerksam macht, so ist das sein gutes Recht. Unwohl ist ferner, daß in dem Revier Holzmanngele herrscht, das gleiche auch, daß bis zu 40 Wagen Kohlen monatlich weggenommen sind. Richtig ist, daß in dem Revier stets ein Ueberfließen an Holz ist und daß bei einer Gesamt-Monatsförderung von 5322 Wagen nur das Fehlen eines einzigen Kohlenwagens gemeldet worden ist, dessen Nummer erst später auf dem Schreibe der Wäsche gefunden und noch nachträglich verrechnet wurde. Endlich ist es nicht richtig, daß die Arbeiter einen Fahrtschacht im Flöz 3, Norden, benutzen müssen. Es steht ihnen statt des direkten Weges über die tieferen Sohle, welcher infolge einer Hauptpolizei durch einen einwandfreien Weg zur Verfügung. Hochachtung! Röhrer Bergwerks-Verein, Wintmans.

**Zeche Dörthingen III.** Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wird hier manchmal die Schicht um 15 bis 20 Minuten verlängert. Machen aber die Arbeiter auch nur eine Minute zu früh Schicht und werden erwischt, dann gibt es Strafen. Besonders der Steiger W. tritt recht schneidig auf, jedenfalls, um das gute Einvernehmen zu fördern. Kürzlich wurden einige Querschläger, weil sie einige Minuten früher Schicht gemacht hatten, mit je 2 Mk. bestraft, obgleich ihre Arbeit sehr naß ist und sie völlig durchnäßt waren. Was soll durch ein solches Vorgehen eigentlich erreicht werden?

**Zeche Lütke.** Noch ist betreffs des letzten Unglücks, welches vier Opfer forderte - zwei Tote und zwei schwere Verletzte - über die Ursachen des Unglücks keine Klärung erfolgt. Wir fragen daher nochmals: „Wie konnte sich derartiges ereignen, wenn alles in Ordnung war?“ Welche Löhne auf dieser Unglückszeche verdient werden, geht aus zwei vor uns liegenden Lohnbüchern hervor. Danach wurden im Monat März an hauer Löhnen gezahlt: 17 Schichten 56,43 Mk., abzüglich der Gefälle 47,20 Mk.; 19 Schichten 62 Mk., abzüglich der Gefälle 52 Mk. Wahrheit: „Herzlich ist das Bergmannsleben, prächtig ist sein Lohn.“

**Zeche Pluto, Schacht Thies.** Der Betriebsführer verweigerte hier einem Arbeiter die Anfahr, weil dieser tags zuvor seine Kontrollmarke in der Grube verloren hatte und sich deshalb bei ihm meldete. Das ist doch wirklich stark und wir können dem Arbeiter nur raten, die veräußerte Schicht am Bergwerksgericht einzuklagen. Bestraft wird auch wegen jeder Kleinigkeit, besonders aber wegen Förderns unreiner Kohlen. Wenn man die Arbeiter verantwortlich macht für unreine Fördereigenschaften, woran sie keine Schuld tragen, soll man ihnen auch ein ausreichendes Bedinge geben, damit es ihnen möglich ist, die Steine auslesen zu können. In anderen Fällen sind die Bestrafungen ein großes Unrecht.

**Zeche Rheinbaben.** Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Daß sie das in vielen Fällen nicht sind, bewies die am 8. Mai für die Belegschaft einberufene Versammlung. Trotz der ungünstigen Witterung und des etwas entlegenen Lokales hatten sich etwa 1000 Mann eingefunden, welche die kritischeren Reden mehrerer Belegschaftsmitglieder mit fröhlicher Zustimmung begrüßten. Besonders zu begrüßen war,

daß, trotzdem es sich um „königliche“ Bergleute und um eine Grube handelt, auf der die Organisation noch wesentlich stärker vertreten sein könnte, die Arbeiter kein Blatt vor den Mund nahmen und in schlichter und darum desto eindrucksvoller Weise die Verhältnisse darlegten. Besonders wurde betont, daß unter der jetzigen Betriebsleitung das Wert sich immer mehr von einem Musterbetriebe entferne. Kritik und Wünsche wurden in folgender einstimmig angenommener Resolution niedergelegt:

„Die heutige im Lokale Große-Wilde tagende, sehr zahlreich besuchte Belegschaftsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den vorgebrachten Mißständen auf den Rheinbaben-Schichten. Versammlung bringt entschieden auf Abhilfe und verlangt vom Arbeiterausschuss, schon in der nächsten Sitzung alle gerügten Mißstände vorzubringen und besonders in folgenden Punkten Veränderung zu verlangen. Die Behandlung soll eine bessere werden. Für die Sicherheit der Baue soll besser gesorgt werden, damit die vielen Unfälle aufhören. Das bestehende Bedingensystem (Monatsbedinge) soll beseitigt und durchweg ein besserer Lohn gezahlt werden. Wenigstens Holzlieferung an allen Betriebspunkten. Die Kohlenabfuhr soll bleiben wie bisher. Der frühere bessere Sprengstoff soll wieder eingeführt werden. Die Seilfahrt soll Sonntags für die Nachtschicht genau so beginnen wie an Wochentagen. Das Unterstufungsbedinge soll besser geregelt werden. Die Verurteilung älterer Belegschaftsmitglieder soll generell geregelt werden.“

**Zeche Unser Preis (Schacht I).** Es scheint sehr notwendig, und mit diesem Blätt zu befallen. Zunächst wird von Seiten der Belegschaft lebhaft Klage geführt, daß man kein Gehälte, nämlich das für Gesteinsarbeiten erforderliche, bekommen kann. So hat der Steiger Brüder in seinem Revier in jedem Stapel eine oder zwei Bohrmaschinen, die aber jeder Beschreibung spotten. Mit einem Ueberfließen könnte man eher ein Loch bohren als mit dem Patent, was hier vertreten ist. Auch ist im selbigen Revier ein chronischer Holzmanngele vorhanden. Nach den Berichtigungen ist immer Holz genug da, aber wo? Vielleicht im Holzmagazin oder gar im Walde? Kommt der Steiger und die Kameraden beschweren sich darüber, dann heißt es immer, daß Holz genug da ist, sie sollen nur da und dort hingehen, da wird schon Holz zu finden sein, und am besten sollen sie nur alles angeben. Kommt aber der Letzte und mit ihm die Abnahme, dann heißt es: „Ja, will es schon regeln.“ Und er regelt so lange, bis die Kameraden das Lohnbuch bekommen. Ist aber das Lohnbuch in den Händen der Kameraden angelangt und in Augenschein genommen worden, dann verbreht jeder die Augen wie die Wiener Ultrazonen bei der Beobachtung des halleyschen Kometen. Mit einem Lohn von 4,70-5,00 Mk. muß aber jeder Kamerad schon zufrieden sein, weil der Steiger doch geregelt hat.

**Zeche Victoria Matthias, Schacht Gustav, Essen.** Auf obiger Zeche führt ein Steiger namens Schlenker ein besonders strenges Reglement. Viel darüber zu reden ist eigentlich zwecklos; anzuempfehlen ist sogar, daß es ihm ein Vergnügen macht, einmal in einer Zeitung zu stehen, da er sich verschiedentlich geäußert hat, die Kameraden möchten ihn ruhig in die Arbeiterzeitung hineinschicken. Was ihn dazu veranlaßt, ob er geradelt, dadurch schneller zu avancieren, wollen wir dahingestellt sein lassen; jedenfalls haben sich die Kameraden selbst schon ein Urteil gebildet. Von einem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten kann bei diesem Ueberfließen keine Rede sein. Es würde zu weit führen, wollte man das ganze Verhalten dieses „Herrn“ schildern, wir wollen uns für heute mit einigen wenigen Beispielen begnügen. Besonders begehren ist, daß er sich nicht scheut, alten 60-jährigen Kameraden anzubieten, er wolle sie am Halse fassen. Derjenige, welcher das Glück hat, auf Nachtschicht zu sein, bekommt erst vor der Anfahr seine gehörige „Ubrückung“, damit er mehr Mut zum Arbeiten bekommt. Auch sieht man keinen Namen mehr wegen „geheimbrüggen“ und „ungehörlichem“ Benehmen gegenüber seinem Vorgesetzten am „schwarzen Brett“ unter den Strafzetteln prangen, wie gerade den dieses Herrn. Inseßes Erachtens muß es mit einem Beamten nicht gut bestellt sein, wenn er sich auf diese Weise Respekt verschaffen muß. Für diesesmal wollen wir schließen; sollte aber Herr Sch. Lust verspüren, mehr über sein Tun zu hören, so stehen wir ihm gerne zu Diensten. Im übrigen möchten wir wünschen, daß er jetzt einen besseren Ton gegen seine Arbeiter anschlägt, wie bisher, denn mit einem guten Wort kommt man weiter, wie mit diesem Kafertenhofen.

**Zeche Wondern.** Der Steiger W. ist denen, die keine Ueberflüssen verfahren wollen, nicht besonders grün, häufig werden die „Sclinder“ auf Nachtschicht verlegt, wo das herumjagen aber erst recht beginnt. Auch kann ihm nie genug geleistet werden. Arbeiter, die auf Nachtschicht zwei Pölzer gesetzt hatten, schrieb er an: „Das ist keine Leistung.“ Im Revier I, Steiger G., wurde kürzlich ein Arbeiter verlegt, aber nirgends war eine Tagelöhne zu finden, diese mußte erst aus einem andern Revier geholt werden. Ist das auch in Ordnung?

**Zeche Westhausen.** Die Jagd nach Kohle kennt hier fast keine Grenze. Aus dem Grunde erklärt es sich, daß die Nachtschicht niemals schnell genug herbeibekommen werden kann und daß 14 bis 20 Mann auf einer Etage zusammengepfercht werden. Auch werden hier die gesetzlichen Ruhepausen nicht immer beachtet, ist es doch schon vorgekommen, daß bis zu drei Schichten hintereinander von verschiedenen Leuten verfahren worden sind. Trotzdem selbige Zeche bis vor kurzer Zeit wegen Mangel an Ublatz feierte, werden doch Kumpels des Abends zum Wollsegen bestellt. Da möchten wir doch an das Solidaritäts- und Ehrgefühl der Belegschaft gemannter Zeche appellieren, mit dem Erluchen, solche Ueberflüssen grundsätzlich zu verweigern, weil sich die Arbeiter hierdurch ins eigene Fleisch schneiden. Dem Steiger Drees empfehlen wir das Buch „Nüchternes Umgang mit Menschen.“ Ist es doch schon vorgekommen, daß dieser Herr sich zu tödlichen Weleinigungen hinreißen ließ. Ob hierdurch das gute Einvernehmen gebessert werden soll? Statt sich um die Verbandzugehörigkeit oder politische Bestimmung der Arbeiter zu kümmern, sollte die Verwaltung lieber dafür sorgen, daß immer Ordnung herrscht.

**Zeche Westfalen I und II.** Dieser Blätt hat schon mehrere Male in den Spalten der Verbandzeitung prangen müssen. Gewiß haben wir hier „auch“ einen Arbeiterausschuss, aber es darf sich ja hier niemand getrauen, ein bisschen Müdigkeit zu zeigen, denn was hier für ein Wind weht, geht aus einer gelegentlichen Äußerung des Schichtleiters Doneit hervor: „Wer nicht pariert, der fliegt raus.“ Die Belegschaft ist überhaupt der Ansicht, daß alle die Bladerellen von dem Steiger Doneit ausgehen. Will ein Kamerad herausfahren, um ein Bedürfnis zu verrichten, so wird ihm einfach gesagt: „Sie kommen nicht wieder herunter. Besonders eifrig sind hierin die Steiger Doneit und Wintmans. Wintman ist erst eine viertel Schicht und weniger herum, einlekt, der Kamerad darf nicht wieder anfahren. Die Anschläger erklären auf Befragen: „Der Steiger hat's verboten.“ Wir fragen hiermit bei der Bergbehörde an, ob das Verdict der Notdurft bei sechsstündiger Schicht zulässig ist oder nicht? Ueberhaupt wünschen die Kameraden angeht die letzten Unfälle, daß sich die Bergbehörde ein bisschen näher für diesen Blätt interessiert. Welchen Zweck hat es z. B., die Maschinenisten aufzufordern, schneller zu fahren? Was dabei herauskommt, haben wir im Schacht II gesehen. Das eine Mal wird der Bausteinbübel mit solcher Wucht auf die Mauerbühne gesetzt, daß dieselbe ausbrückt und ein ganzes Duzend Leute Malheur bekommt, und das andere Mal prallt der Bübel so heftig unter das Spannlager, daß faustgroße Steine herunterfallen und ein blühendes junges Menschenleben vernichten? Ueberhaupt hat die Treiberei hier immer noch nicht aufgehört. Ein Drittel sucht das andere zu überbieten, und leider sind unter den Kameraden Krieger und Speichellecker genug, die ihre Kollegen anschnörzeln und verleunden. Der anständige Arbeiter hat für beratige Subjekte nur ein verächtliches „Pfui“. Den Drittführern geben wir den Rat, sich nicht allzu sehr auf das hohe Pferd zu setzen. Der Posten eines Drittführers ist auf Zeche Westfalen noch immer sehr nachteilig gewesen und man fällt meistens immer in die Grube, die man anderen gräbt. Den Betriebsführer Wegher und den Steiger Doneit ersuchen wir, ihr Benehmen den Arbeitern gegenüber zu ändern. Betriebsführer Wegher ist selbst lange genug stellungslos gewesen, um zu wissen, wie es brotlosen Arbeitern zu Mute ist und der Steiger Doneit mag bedenken, daß auch die Arbeiter Menschen sind.

**Zeche Zollern II.** Diese Zeche leistete sich eine von Randbrock und Wübbberg unterschriebene sog. Berichtigung, die uns Kopfschütteln verursacht hat. Danach soll es unwohl sein, daß die Schichtzeit dadurch, daß die Seilfahrt zu früh begann, verlängert worden ist. Und doch ist es wahr und zwar ist die Schichtzeit dadurch manchmal um 10 Minuten verlängert worden. Ebenfalls trifft zu, was wir über die Bestrafungen berichteten. Ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter, obgleich sie sich vorher gemeldet hatten, wegen willkürlichem Feiern bestraft wurden. An nichts ist auf Zollern leichter zu kommen, wie zu einer Bestrafung. Was wir über die so langsame Auslösung berichteten, war ebenfalls zutreffend. Es kann sehr wohl 4 und 4 1/2 Uhr nachmittags werden, bevor die Morgenschicht abgelohnt ist. Auch die übrigen Angaben halten wir entgegen der Berichtigung aufrecht, ohne

jedoch an der Wahrheitsliebe der Schreiber der Berichtigung zu zweifeln. Sie sind eben falsch berichtet worden.

**Hannover, Braunschweig, Gessen-Dippe.**

**Stalldisches Steinoblenwerk Danhof am Deister.** Etwas mehr Rücksicht auf die Kumpen wäre hier sehr angebracht. Die Kameraden, die um 9 1/2 Uhr das Wärfelchen bestellen, können froh sein, wenn sie um 11-11 1/2 Uhr dran sind. Durch diese Wummel haben sie dann den Morgen gratis den ganzen Dampf vertilgen zu dürfen. Auch wäre es nur der Billigkeit entsprechend, wenn man bei Feierschichtentagen nicht nur immer ein- und dieselbe Abteilung feiern läßt, sondern wenn das Feiern notwendig ist, woran noch allerdings gewandelt werden darf, alle in Mittelbeschäftigung gezogen werden. Auch auf dem Bullerbuchschicht mehrten sich die Klagen. Im Fahrschicht regnet es unaufhörlich, so daß die Kameraden hier tüchtige Douchen bekommen. Der Punkt 10-18 gleicht des öfteren einem See, auch Stoppelbrüche sind hier in Menge vorhanden. Den einzelnen Kameraden legen wir ein Herz, sich etwas bessere Umgangsformen mit den Arbeitern anzueignen. Sit einer Frau, so heißt es z. B.: „Hnen juckt wohl das Geld in der Tasche? Auch raten wir einem gewissen Herrn, nicht Grotz-Lothnerhungen für Spionage zu betreiben. — Dem Bergfest wird hier mit sehr gemäßigten Gefühlen entgegengesehen, denn mit derartigen Kameradschaften, wie sie hier zum größten Teil noch verbildet werden, läßt sich schlecht feiern.

**Königreich Sachsen.**

**Lugauer Steinoblenbauverein.** Vom 1. April ab wurde hier die neunstündige Schicht — bisher wurden 10 Stunden gearbeitet — eingeführt. Im Mai 1890, nach dem Streik, wurde die 10stündige Schicht eingeführt. Es hat also volle 21 Jahre gedauert, bis man sich zu diesem kleinen Fortschritt aufschwängen konnte. Warum aber wurde nicht die 8, oder wenigstens wie im Ruhrgebiet, die 8 1/2 stündige Schicht eingeführt? Jedenfalls wäre der sächsische Bergbau nicht daran zugrunde gegangen. Von 1873 bis Juli 1876 bestand schon die 8stündige Schicht, von da ab aber wurde die 12stündige Schicht eingeführt, weil die Arbeiter nicht organisiert und darum nicht in der Lage waren, diese Verschlechterung abzuwehren. Dem unablässigen Drängen der organisierten Bergarbeiter haben die Grubenherren doch endlich so weit nachgeben müssen, daß jetzt wenigstens die Schichtzeit eine neunstündige ist. Es ist das ein Fortschritt, der im Interesse der Bergarbeiter zu begrüßen ist. Die Bedinge aber wurden nicht erhöht! In dieser Beziehung liegen die Verhältnisse hier sehr im Argen. Der bestehende Gebirgsvertrag öffnet jeder Wärfel und Laune nachsichtigen Beamten Tür und Tor. Über grade deshalb halten die Grubenherren mit größter Behäuflichkeit daran fest, weil er die Bergarbeiter in ein völliges Abhängigkeitsverhältnis bringt, sie der Willkür und Laune einzelner Überantwortet. Mit der Mannschaftsverleien, zugleich aber auch das Beten mit den Beamten vor der Einfahrt in Wegfall gekommen. Das Beten mit den Beamten vor der Einfahrt ist eine uralte Gewohnheit der Bergarbeiter. Aber was fragt danach das Unternehmertum? Sein Schornstein raucht nur vom Profit und um den zu häufen, werden alle Exzessionen und Gebreche über den Haufen geworfen. Auf dem Bergbau schadet vom Füllort ab ist in der Doppelbahn nach hinten nicht Platz genug. Besonders beim Schichtwechsel müssen die Arbeiter, wenn die Bahn mit leeren und vollen Wagen besetzt ist, häufig darüber hinwegklettern, weil der Raum zum Passieren nicht ausreicht. Außerdem wird die Passage noch beengt durch im Wege liegende Kohlen, Kisten, Wagenschienen, alte und neue Eisenkannen usw. Das Mannschaftsbad, worin sich jede Schicht 120 bis 130 Mann baden sollen, ist viel zu klein und ist noch durch Einbauen eines Abortes und eines Bades für die Jugendlichen weiter verkleinert worden. Die Temperatur ist eine sehr unregelmäßige, auch läßt die Feuchtigkeit sehr zu wünschen übrig. Bei der Lohnzahlung müssen die Arbeiter manchmal 1 bis 1 1/2 Stunden warten, bis sie ihren Lohn erhalten können. Das ist ein Mangelstand, der leicht beseitigt werden könnte, wenn nur der gute Wille da wäre. Auch am Kohlenabplatz könnte etwas Ordnung in den dort manchmal herrschenden Wirrwarr gebracht werden.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Schlesische Kohlen- und Grotzwerke. Grunowtschacht, Tageabteilung.** Die Behandlung der Arbeiter, besonders der hier sehr zahlreich beschäftigten Frauen, durch die Beamten, ließ früher viel zu wünschen übrig; in letzter Zeit ist es, veranlaßt durch unsere Kritik, etwas besser geworden. Einigen Wünschen scheint jedoch diese Wandlung nicht sonderlich zu gefallen, besonders ist es der Arbeiter Klumpel, der sich berufen fühlt, das nachzuholen, was die Beamten jetzt erfreulicherweise unterlassen. Die Behandlung der Frauen durch diesen Menschen spottet jeder Beschreibung. In der rohesten und gemeinsten Weise werden die Frauen beschimpft. Die Titulationen, die dieser „Auarbeiter“ den Frauen an den Kopf wirft, hier aufzuführen, verbietet uns unser Anstandsgefühl. Wir ersuchen die Verwaltung, diesem Menschen einmal klar zu machen, wie man sich als ordentlicher, geistlicher Arbeiter gegenüber seinen Mitarbeiterinnen, besonders, wenn dieselben Frauen sind, zu verhalten hat.

**Süddeutschland und Reichslande.**

**Grube Kreuzwald. (Ra Hoube).** Die Arbeit gekündigt und den Krankenheim vorenthalten hat man dem Bergmann M. aus Kreuzwald. Dieses ist schon der zweite ähnliche Fall in einem Monat, der uns von obiger Grube bekannt wird. Es scheint, daß das Krankenwerden auf Ra Hoube verboten ist und die Krankenkasse nicht dafür da sei, um kranke Mitglieder zu unterstützen. Verlangt jemand einen Krankenschein und der Markenkontrolleur stellt ihn aus, so wird derselbe durch den Betriebsführer wieder abgenommen. So erging es auch dem Bergmann M. Derselbe erkrankt am 7. April eine Verletzung am Knie, infolgedessen er sich in ärztliche Behandlung begab. Am 11. oder 12. verlangte er, da er sich schon seit längerer Zeit krank fühlte, einen Krankenschein, wurde aber mit dem Bemerkten vom Betriebsführer abgewiesen, er sei nicht krank und er gehöre der Kasse nicht mehr an. Am 7. April erkrankt M. die Verletzung am 11. bezog er einen Krankenschein. Ist vielleicht der Betriebsführer der § 28 des Krankenversicherungsgesetzes nicht bekannt, der dem erwerbslos gewordenen Mitgliede drei Wochen nach dem Austritt aus der Arbeitsstelle den Anspruch auf die Mindestleistung der Kasse sichert? Der so schickarierte Bergmann wandte sich an das Reichsversicherungsamt des katholischen Volksvereins nach Reg., da er dort organisiert ist, um Rat und Hilfe. Dort verwies man ihn an das Bezirkspräsidium, das mit der Geschichte gar nichts zu tun hat. Jetzt fand der Geschädigte endlich den Verband, der ihm seine Hilfe auch zusagte.

**Die „Gelsenkirchener Zeitung“ und die Streiks der Arbeiter.**

Unter dem Titel „Sozialdemokratische Streiks“ bringt die „Gelsenkirchener Zeitung“ (Zentralsorgan) am 9. Mai einen Artikel, der sich anfänglich gegen die Massenstreiks wendet, dann aber gegen die sozialdemokratischen (!) Streiks überhaupt Stellung nimmt.

Es heißt da:

Wenn man auch kauszt, vor dieser allgemeinen Kraftprobe abzuweichen, so inszeniert die Sozialdemokratie doch andauernd kleinere Streiks, teils um den Unternehmern die Macht der Sozialdemokratie zu zeigen, teils um die Genossen fortwährend durch Verhöhnung in Unruhe und Unzufriedenheit zu erhalten.

Aber auch hier sind die Erfolge der sozialdemokratischen Streiktattit keineswegs glänzend. In den letzten 3 Jahren verurteilten die sozialdemokratischen Gewerkschaften 777 Streiks, von denen 378 Streiks nur teilweise erfolgreich oder vollständig erfolglos verliefen. Gierfür mußten die Arbeiter das hübsche Stimmchen von 8 426 838 Mark an Streikunterstützung zahlen und erlitten außerdem noch einen Verlust von 13 165 746 Mark an Arbeitsverdienst. In der kurzen Spanne Zeit hat also die sozialdemokratische Hezerei den Arbeitern rund 21 Millionen Mark gekostet, ohne daß sie hierwovon irgend einen nennenswerten Vorteil gehabt hätten. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat im letzten Geschäftsjahre für die von ihm gegen die Grubenbesitzer geführten kleineren Streiks 65 709 Mark ausgegeben. Rechnet man dazu den Arbeitsverdienstverlust von über 149 000 Mark, so sind den Arbeitern durch diese Kämpfe über 214 000 Mark verloren gegangen. Und was war der Gewinn? Nach den Angaben des offiziellen Hauptorgans der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat der Bergarbeiterverband im Jahre 1900 für sämtliche Arbeiter noch nicht 170 000 Mark Löhnerhöhungen erlangt!

beim Lohnüberzählungen abgewehrt. Daraus ergibt sich, daß auf Grund der sozialdemokratischen Streiktattit die Bergarbeiter im letzten Jahre beinahe dreifach mehr Ausgaben und Lohnverluste als Einnahme und Lohngewinne gehabt haben. Sonst wissen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer immer so schön von den „beruhigenden“ Arbeitern und von den „sauer verdienten“ Arbeitergroßen zu sprechen, sie selber scheinen aber die Arbeitergroßen nicht sehr hoch einzuschätzen, daß sie diese so plan- und ziellos zum Fenster hinauswerfen. Das ist der bekannte trasse Widerspruch zwischen Mieden und Sandeln der sozialdemokratischen Führer, der noch durch unzählige andere Beispiele belegt werden könnte.

Es ist ja nun nicht zu leugnen, daß mancherorts die Arbeitslöhne sehr niedrig sind, so daß Interferenz und Mangel an den tagelichen Lebensbedürfnissen eintreten kann. Aber gerade die sozialdemokratischen Führer und Agitatoren sind es, die dem Arbeiter noch den letzten Groschen nehmen, und die vor allem diejenigen Arbeiter, die nicht ihrer Ansicht sind, auf jede Weise zu schikanieren und terrorisieren suchen. Deshalb sollte den Arbeitern doch endlich einmal selbst klar werden, wo sie ihre größten Feinde zu suchen haben, nicht in der heutigen Gesellschaftsordnung, sondern in den sozialdemokratischen Organisationen, deren Führer nur darauf ausgehen, sich die Arbeiter durch Verhöhnungen zu blindlings willigen Werkzeugen für ihre Machtgeltung zu erziehen, um sich dann an ihren sauer verdienten Groschen bereichern zu können. Es gibt so viele Verkettungen der Arbeiter, die nur das wirkliche Interesse der Arbeiter im Auge haben, die auch schon viel für die Arbeiter erreicht haben, jedenfalls bedeutend mehr als die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ihr maßloses Herunterziehen der bestehenden Ordnung. Darum sind ja auch die sozialdemokratischen Organisationen so erbittert auf die christlichen Gewerkschaften und die anderen Arbeitervertretungen, die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, weil sie in diesen das Prinzip verkörpert sehen, das allein dem Arbeiter zu einer besseren sozialen Stellung und zu einer größeren Wohlhabenheit verhelfen kann.

Dummheit und Frechheit haben sich selten so zusammen gepaart, wie in dem Giftartikel des ultramontanen Blattes. Er spricht von sozialdemokratischen Streiks! Will das Blatt damit sagen, daß die Streiks nur im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei gebracht werden können? Anders kann man das heuchlerische Gejohles doch nicht auffassen. Und ist es so, dann mag uns das Organ einmal sagen, ob es ohne Sozialdemokratie noch keinen Streik gegeben hat und heute noch nicht gibt? Streiks gab es, ehe die Sozialdemokratie war, gibt es noch heute, auch da wo die Sozialdemokratie völlig außer Betracht kommt. Streiks führen auch die der „Gelsenkirchener Zeitung“ so nahestehenden christlichen Gewerkschaften. Und was noch in Frage kommt. Sie entstehen aus denselben Ursachen heraus, entwickeln sich in gleicher Weise wie die Streiks der freien Gewerkschaften und werden beendet wie diese, teils mit Erfolg, teils mit Mißerfolg, je nach den Umständen. Alles, was also die „Gelsenkirchener Zeitung“ giftgeschwollen gegen sozialdemokratische Streiks zu sagen hat, trifft auch auf die christlichen Streiks zu. Vielfach führen gar freie und christliche Gewerkschaften zusammen einen Streik, führen ihn zusammen zum Guten oder bösen Ende. Das oft genug die Gewerkschaften den Streik zur Abwehr schlimmer Unternehmerrandierungen führen müssen, sieht das ultramontane Organ ja nicht an, ebensowenig, daß die Gewerkschaften gewaltige Summen verbrauchen, um bei brutalen Aussperrungen durch die Unternehmer die ausgesperrten Arbeiter über Wasser halten zu können. Nein, die „Gelsenkirchener Zeitung“ ist haßerfüllt auf die Tatsache, daß die Arbeiter überhaupt sich wehren gegen den Uebermut der Kapitalisten, und darum speit sie Gift und Galle auf die sozialdemokratischen Streiks. Selbstverständlich werden die christlichen Gewerkschaften mit ihren Kämpfen gleichfalls mit verhöhnt und heruntergemacht. Das schwarze Organ weiß die Dummheit seiner Leser aus Arbeiterkreisen sehr wohl einzuschätzen, sonst würde es mit seinen Infamien gegen die kämpfende Arbeiterchaft wohl innehalten. Wst Deufell über solche „fromme“ und hunds-gemeine Kampfesart.

**Kongresse.**

**8. Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß.**

Das internationale sozialistische Bureau gibt in einem Aufrufe in der dänischen Presse bekannt, daß der Internationale Sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in der Zeit vom 28. August bis 3. September in Kopenhagen (Koncertpalast, Bredgade 28) stattfindet. Folgende Tagesordnung ist festgesetzt worden:

1. Das Verhältnis zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien;
  2. die Frage der Arbeitslosigkeit;
  3. Schiedsgericht und Abrüstung;
  4. die Ergebnisse der internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe;
  5. die Durchführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse;
  6. die Organisation der internationalen Solidarität.
- Die Adresse des lokalen Kongresskomitees ist: Th. Stauning, Nørmørgade 22, Kopenhagen. K.
- Die Delegationen der verschiedenen Länder bilden Sektionen, deren folgende Stimmzahl zuerkannt ist:
- Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Großbritannien und Rußland je 20 Stimmen.
  - Italien 15 Stimmen.
  - Die Vereinigten Staaten 14 Stimmen.
  - Belgien und Schweden je 12 Stimmen.
  - Dänemark, Polen und die Schweiz 10 Stimmen.
  - Finnland, Holland, Ungarn-Kroaten je 8 Stimmen.
  - Spanien 6 Stimmen.
  - Argentinien, Bulgarien, Rumänien und Serbien je 4 Stimmen.
  - Türkei 3 Stimmen.
  - Luzemburg 2 Stimmen.
- Die Delegierten werden ersucht, sich halbmöglichst beim Vorliegen des Kongresskomitees zu melden. Sie erhalten dann die provisorische Eintrittskarte zugestellt, die bei der Ankunft in Kopenhagen gegen die endgültige Zutrittslegitimation ausgetauscht wird, deren Preis auf 8 Mk. (10 Frank resp. österreichische Kronen, 7 skandinavische Kronen) festgesetzt worden ist.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Die Anlegung fremdsprachiger Arbeiter auf Bergwerken** und die Auslegung der diesbezüglichen Bestimmungen der §§ 1, 3 und 4 der Bergpolizeiverordnung vom 25. Januar 1899 war am 11. Mai Gegenstand einer Verhandlung vor der Bochumer Berufungsinstanz. Nach den genannten Bestimmungen dürfen fremdsprachige Arbeiter in Bergwerkbetrieben und Aufbereitungsanlagen nur beschäftigt werden, wenn sie der deutschen Sprache genügend mächtig sind. Die Eintragung der fremdsprachigen Arbeiter und ihre Prüfung durch den Betriebsführer muß besonders in der Liste erfolgen. Das Schöffengericht Reddinghausen hatte den Betriebsführer Friedrich Hülsmann von der Grube „König Ludwig“ bei Reddinghausen wegen Verstoßes gegen die genannte Bergpolizeiverordnung mit 6 Mark Geldstrafe belegt.

Zu der Berufungsverhandlung erklärte der Betriebsführer, daß er zur Einrichtung einer besonderen Liste für fremdsprachige Arbeiter, wie es das Schöffengericht auf Grund des Gutachtens des Berginspektors Wienke verlange, nach der der Bergpolizeiverordnung beigegebenen Begründung des Oberbergamts nicht verpflichtet sei. Diefelberlasse es dem freien Ermessen des Betriebsführers, eine besondere Liste anzulegen oder sich mit einer Rubrik in der allgemeinen Belegschafkarte zu begnügen. Der Angeklagte hatte am 2. September den Italiener Zattera unter Tage angelegt. Am 15. September erkrankt ein ungenügendes Verständnis des Deutschen bei Z. fest. Hülsmann erklärte, daß Z. die Anweisungen seiner Vorgesetzten und Arbeiter verstanden und befolgt habe, zudem auch bereits 1 1/2 Jahre auf anderen Gruben über Tage beschäftigt gewesen sei.

In der Verhandlung meinte der Berginspektor Wienke, daß nach dem Haren Wortlaut der Verordnung für fremdsprachige Arbeiter eine besondere Liste, mindestens aber der allgemeinen Belegschafkarte ein besonderer diesbezüglicher Anhang der Liste zu geben sei. So werde es allgemein auf den Gruben gehandhabt. Bei der Prüfung des Anfalls sei Z. kaum des Deutschen mächtig gewesen. Die Berufungsinstanz hob die Verurteilung in beiden Fällen auf. Nach der Begründung des Oberbergamts genüge zur Befolgung der Anlagebestimmungen für fremdsprachige Arbeiter ein besonderer Vermerk in der allgemeinen Belegschafkarte. Ob der Italiener Z. bei der Prüfung des Anfalls im September nicht des Deutschen mächtig gewesen, lasse sich nicht mehr nachprüfen. Deshalb müsse auf Preisprechung erkannt werden.

Es ist wirklich erstaunlich, wie die Vergehen von Zeichenverletzungen gegen Arbeiterbestimmungen, wenn sie einmal geschahet werden, von den ordentlichen Gerichten beurteilt werden. Die klare Aussage des Bergbeamten, daß jener Arbeiter bei seiner Vernehmung über den erkrankten Anfall kaum des Deutschen mächtig gewesen, woraus obendrein ersichtlich, daß dies bei der Anlegung noch viel weniger der Fall gewesen sein kann, genügt dem Gericht nicht. Es scheint den Angaben des Angeklagten also mehr geglaubt zu haben, als dem Zeugen, der es sich gewiß reichlich überlegt hat, ob er seine Pflicht tun und wider den Stachel lösen soll. Das freisprechende Urteil ist jedenfalls ein höchst lehrreicher Beitrag zur Frage der praktischen Durchführung der Arbeiterbestimmungen auf den Bergwerken.

**Warnung vor Werbeagenten.**

Seit längerer Zeit sind in den deutschen Bergwerken und besonders auch im Ruhrrevier Agenten tätig, um Bergarbeiter für die Gruben zu Turqueguineuz in Frankreich anzuwerben. Vor einigen Tagen waren zwei Kameraden auf dem Verbandsbureau und gaben an, einer dieser Agenten habe ihnen erklärt, der Verbandsvorstand sei mit ihrer Werbetätigkeit einverstanden. Daß das nicht wahr ist, ist selbstverständlich. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse in den Gruben, für welche die Arbeiter angeworben werden sollen, können wir die Kameraden nur warnen, sich nach dort anwerben zu lassen. Im vorigen Jahre wandte sich ein Kamerad brieflich an die Grubenverwaltung zu Turqueguineuz um Auskunft über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den dortigen Gruben und erhielt darauf ein in französischer Sprache abgefaßtes Schreiben, welches in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Mont St. Martin, den 10. September 1900.

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 8. d. Mt. Wir gebrauchen in der Tat in unseren Gruben zu Turqueguineuz Haucr und Lechhaucr und sind bereit, Ihnen in denselben Arbeit zu geben.

Ueber die Höhe der Löhne ist es uns aber abolut unmöglich, näheres zu sagen, da sich diese nach der Zahl der Können, der von dem einzelnen Arbeiter geleisteten Produkte bestimmen. Inbessenen können wir Ihnen mitteilen, daß die Löhne nicht selten 6-8 Franks (= 4,80-8,40 Mt.) erreichen. Was den Lohn der Lechhaucr anbetrifft, so beträgt derselbe 70 bis 80 Prozent des Gauerlohnes.

Für den Fall, daß Sie Ihre Ansicht verwirklichen und Arbeit in unseren Gruben nehmen, teilen wir Ihnen mit, daß sich dieselben befinden zu Turqueguineuz im Bezirk Neurthe-Musel, in der Nähe der deutschen Grenze.

Die Anlegung von Arbeiter findet aber nur statt, wenn Sie ein ärztliches Attest beibringen, daß Sie sich einer guten Gesundheit erfreuen. Auch dürfen dieselben das vierzigtige Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die Grubenverwaltung drückt sich also um die Verantwortung der Frage, welche Löhne die angeworbenen Arbeiter in den Gruben verdienen, herum. Daß es nicht selten vorkommt, daß die Löhne 6 bis 8 Franks erreichen, ist eine ganz unverbürgliche Redensart. Die Grubenverwaltung sucht in der Hauptsache polnisch sprechende Kameraden, natürlich weil sie glaubt, an diesen willige Ausbeutungsobjekte zu haben. Wenn sie ausländische Löhne zahlen wollte, könnte sie dort Arbeiter genug haben. Die nach dort angeworbenen Arbeiter sollen nur Lohnbrüder sein, darum sei vor der Abwanderung nach Turqueguineuz eindringlich gewarnt.

**Der Wirt August Liedtschulte in Rattchardt**

hat sein Lokal zur Abhaltung unserer Zahlstellenversammlungen von jezt an zu jeder Zeit zur Verfügung gestellt. Es ist nun aber auch Pflicht der Kameraden, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Nicht mit der geballten Faust in der Hosentasche können wir unsere Lage verbessern, sondern indem wir alle reges Interesse für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und für unser Verbandsleben zeigen. Kameraden, die Zeit ist zu ernst, um hinter dem Ofen zu hocken. Darum laßt ab von der Schlafmüdigkeit und erscheint alle regelmäßig in den monatlichen Zahlstellenversammlungen, damit wir gemeinsam unsere Lage beraten können. Auch zeigen wir unserm Vereinswirt, daß wir es zu würdigen wissen, daß er uns seine Lokalitäten zur Verfügung stellt. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags um 3 Uhr, statt.

**Aus dem roten Sumpf Noches.**

Der Bauhilfsarbeiter Karl Noche, der auch in Bochum eine längere Gastrolle gegeben und von hier als Hilfsarbeiter nach dem Hauptbureau des Bauhilfsarbeiterverbandes berufen worden war, ist bekanntlich dort — hauptsächlich infolge seiner persönlichen Umgangsformen — mit seinem Hauptvorstande derart aneinander geraten, daß er eines Tages entlassen wurde. Er ging dann zu den Anarchos und gab unter dem Titel „Der rote Sumpf“ eine Broschüre heraus, in der alles, was er an der Hauptleitung seines Verbandes auszufehen hatte, breitgetreten wurde. Zum großen Gaudium der Anarchos und der bürgerlichen Gegner der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Bei der Reichstagswahl in Halle und der Stadtverordnetenwahl wurde die Broschüre verbreitet, sie war dem Reichsverband ein gefundenes Fressen — das ihnen aber nicht gut bekommen sollte. Die Angegriffenen erhoben Klage gegen Noche und den Verleger Rater-Berlin. Noche erhob Widerspruch. Die Sache kam am 7. Mai vor dem Hamburger Schöffengericht zur Verhandlung, die den ganzen Tag in Anspruch nahm. Das Gericht erklärte den Wahrheitsbegriff für mißlungen — Ordnung müsse auch in einem sozialdemokratischen Betriebe sein — und beurteilte Noche zu 200 Mk., Rater zu 50 Mk. Geldstrafe. Die Widerklage Noches wurde abgewiesen.

**Polnische Abrechnungen.**

Am 1. Oktober 1900 haben sich die verschiedenen polnischen Gewerkschafts- bzw. Arbeiterverbände zu einer Organisation zusammengeschlossen. Nun ist kürzlich die Rechnungslegung der einzelnen Verbände erfolgt und zwar in einem so krausen Maße, daß dem Augenstehenden die Gesamtübersicht völlig unklar ist. Da haben wir zuerst die Bilanz der polnischen Berufsvereinigung vom 1. Januar bis 1. Oktober 1900, dann die Bilanz der Abteilung der Bergarbeiter der polnischen Berufsvereinigung für das vierte Quartal 1900. Es folgt dann die Bilanz der polnischen Berufsvereinigung für das ganze Jahr 1900; dem folgt die Bilanz der ober-schlesischen „Gegenseitigen Hilfe“ für die ersten neun Monate des Jahres 1900; dann kommt die Bilanz der Hüttenabteilung der polnischen Berufsvereinigung für das vierte Quartal 1900 und für das gleiche Quartal die Bilanz der Abteilung der Handwerker der polnischen Berufsvereinigung. Schließlich folgen die Ausgaben des Zentralvorstandes für das vierte Quartal und zum Schluß die Zusammenstellung des Vermögens der polnischen Berufsvereinigung. Diefelber Kunterbunt der Abrechnungen wird noch undurchdringlicher, wenn man sich die Abrechnungen in einzelnen Befestigt und Vergleiche mit den einzelnen Posten anzuprobieren versucht. Versucht, sagen wir! Wer in die Geheimnisse der gesamten Abrechnung und ihr Verhältnis zu den Abrechnungen der einzelnen Abteilungen eindringen wollte, der würde nicht weit kommen. Es ist eitles Bemühen, die Zeit hierzu zu verschwenden. Woran man sich halten kann, ist die ganzjährige Jahresabrechnung der polnischen Berufsvereinigung und das auch nur für den Fall, daß diese Abrechnung richtig ist, was wir bezweifeln. Schon auf einer Generalversammlung im vergangenen Jahr klappte die Geschichte die des Kassierers und Revisors hatten sich über die Abrechnung etwas zu erzählen, was aber plöblich verriagt wurde. Wergebens haben wir hier auf näherer Aufklärung bis heute gewartet. Nun haben wir einen ganzen Rattenkönig von Bilanzen erhalten, an deren Bilanz sich kein Mensch getrauen kann, der dem Irrsinn aus dem Wege gehen will. Die Abrechnung ähnelt den Schlussfolgerungen, die die polnische Berufsvereinigung aus ihr gezogen hat. Da heißt es: „Wenn wir unsere Arbeit mit derjenigen der deutschen Gewerkschaften vergleichen und unsere Ersparnisse, so müssen wir feststellen, daß die polnische Berufsvereinigung sich verhältnismäßig besser entwickelt. Die deutschen Gewerkschaften nicht nur, daß sie zur Zeit des wirtschaftlichen Nied-

# Kameraden, Verbandsmitglieder!

Am 22. Mai, an anderen Stellen am 26. Mai, findet im Ruhrbecken eine Hausagitation für den Bergarbeiterverband statt. Wir hoffen, die Kameraden stellen sich hierzu den Ortsverwaltungen willig und zahlreich zur Verfügung. Auch in den übrigen sächsischen Bergrevieren muß die Organisation einer gründlichen Hausagitation baldigst die Wege geleitet werden.

es nichts erspart haben, sie mussten vielmehr ihre Ersparnisse anstrengen, um Unterstüßungen auszuholen zu können! Die Leute, die sich solchen frechen Schwindel bieten lassen, sind selbstverständlich auch bereit, die krausensten Abrechnungen sich gefallen zu lassen. Wir aber sagen uns, wer so wider besseres Wissen Unwahrscheinlichkeiten aufstellt, der kann nicht verlangen, daß man den krausen und unverständlichen polnischen Abrechnungen mit Vertrauen begegnet. Eine ordentliche Geschäftsabrechnung ist das nicht, weil kein Mensch aus ihr klug werden kann. Ganz abgesehen vom Geschäftsgeheimnis einzelner Abteilungen, die wir früher schon mit den richtigen Worten gekennzeichnet haben. Wir haben uns heute noch einmal mit den Abrechnungen innerhalb der polnischen Bezirksverwaltung befaßt, weil uns das Auftreten dieser Organisation gegen uns denn doch zu sehr wieh.

### Zur Klärung.

Da von gewisser Seite schon seit einigen Wochen in Notthausen die sonderbarsten Gerüchte über die plötzliche Umkehrung des früheren Kameraden, Zeitungsböten und Vierteljahrers, Gottlieb Eichowitsch, Uffertbergstraße, zu einem gewissen Zwecke lüsporiert werden und um nun einer Legendenbildung vorzugeben, wolen wir, zur Steuer der Wahrheit, den Fall der Öffentlichkeit unterbreiten. Wollen gleichzeitig dabei bemerken, daß wir bis jetzt im Interesse Eichowitschs geschwiegen haben. Am 21. März erschien eine Frau E. bei dem Vertrauensmann und beschwerte sich über das unamerabtschliche Verhalten Eichowitschs, unter anderem machte dieselbe Mitteilung über eine Denunziation gegen ihren Mann bei dem zuständigen Knappschäftsältesten von Seiten Eichowitschs. Die Folge war die Vorenthaltung des Krankengeldes. Diese Unschuldigung, von Eichowitsch selbstverständlich bestritten, wurde uns von dem Knappschäftsältesten bestätigt. Auf Grund dieses Beweises wurde die sofortige Übernahme der Ehrenämter einstimmig beschlossen, dabei das Verhalten Eichowitschs als eines freigelegenen Arbeiters unzulässig bezeichnet. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde diese Angelegenheit ebenfalls erörtert, mit dem Ergebnis, daß Eichowitsch als Geschäftler den Saal verließ, mit dem Ausspruch: Jetzt könnt Ihr mich streichen! Die Angelegenheit ist hiermit für uns erledigt. Durch den freiwilligen Austritt erübrigt sich der Ausschluß. Zum Schluß wollen wir noch darauf hinweisen, daß, wenn man von Seiten Eichowitschs noch versuchen sollte, Kapital daraus zu schlagen, weil der Familie E. das Krankengeld ausgezahlt worden ist, wir dazu bemerken, daß es lediglich dem Umstande zuzuschreiben ist, weil jede gesetzliche Forderung zur Innehaltung des Krankengeldes fehlte. Im übrigen kommt es nicht auf den erreichten, sondern auf den beabsichtigten Zweck an.

### Barmherzige Schwestern gegen unsern Verband.

In den Kleinkinderschulen der Kolonie von Jette Constantin IV/V sind fünf bis sechs barmherzige Schwestern tätig, welche außerdem auch Kranke besuchen. Auch die Kranke Frau eines Verbandsmitgliedes erhielt den Besuch einer barmherzigen Schwester. Diese machte unsern Kameraden Vorwürfe über seine Verbandszugehörigkeit, versuchte ihn zu veranlassen, seine Osterbeichte zu halten, sagte ihm, er solle an Stelle der Verbandsbeiträge seiner Frau lieber Eier kaufen und anderes mehr. Unser Verbandskamerad ließ sich aber auf diese Weise nicht überzeugen und — am anderen Tage erhielt er gekündigt, mit ihm sein Bruder, der etwa ein Jahr krank gelegen und erst eine Schicht wieder versahren hatte. Die Ursache, warum die Kündigung erfolgte, gibt man den Kameraden nicht an. Wir wollen nicht behaupten, daß die barmherzige Schwester damit in Verbindung steht, immerhin ist das Zusammenreffen ein höchst merkwürdiges und nicht geeignet, das Ansehen der barmherzigen Schwestern zu erhöhen. Barmherzige Schwestern sollen über den Parteien stehen, sollen ohne Ansehen der Person ihr Werk der Barmherzigkeit üben, nur dadurch fördern sie das Ansehen ihres Standes. Aber es wirkt geradezu häßlich und abstoßend, wenn sie, wie es hier geschieht, in den Kampf der Parteien eingreifen. Dadurch untergraben sie nur das Ansehen ihres Standes.

### Die „Christen“ in Niederwienern

arrangierten kürzlich eine öffentliche Versammlung mit dem ausgesprochenen Zweck, die „Genossen“ einmal gründlich abzumurken. Unsere Kameraden jedoch, durch frühere Vorgänge gewarnt, waren der Einladung der „Christen“ nicht gefolgt. Der einmal lügt, dem glaubt man nicht usw. Schon einmal war unsern Kameraden von diesen „Wahrheitsliebenden“ Redezeitung zugesichert worden, als aber unsere Kameraden, dieser Versicherung vertrauend, in der Versammlung erschienen, wurden sie von Jambusch aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Das haben sich unsere Kameraden hinter die Ohren geschrieben und sind darum auch jetzt der Einladung nicht gefolgt. Das hindert die „Christen“ aber nicht, jetzt Siegessartikel nach W.-Glabbacher Art zu schreiben und breitmäulig zu verkünden: „Hierdurch richtet sich die Kampfesweise der hiesigen Genossen von selbst. Erst ruft man die Öffentlichkeit an, nachher zieht man sich vor derselben zurück.“ Nach Lage der ganzen Verhältnisse können die „Christen“ durch solches Geschreibsel nur auf die Radmuskeln wirken.

### „Im „Bergknappen“

schützt ein gewisser Jemand die Schale seines Bornes aus über einen Artikel, den wir über die Bergarbeiterverhältnisse in Golland gebracht haben. Ihn ärgert, daß wir feststellten, daß der Wagnersklub im Aufblühen begriffen ist, während der christliche Verband nicht so recht vorwärts kam, trotz aller besonderen Hilfsmittel, die dem letzteren zur Seite stehen und trotzdem er schon mehrere Jahre besteht. Wie der Wagnersklub marschiert, zeigt folgendes. Im August 1909 hatte er 85 Mitglieder, im September 187, im Oktober 208, im November 416, im Dezember 483, im Januar 568, im Februar 610 und am 15. März 1910 660 Mitglieder. Heute zählt er mehr. Freilich kann bei diesem kurzen Bestehen der „Wagnersklub“ noch keine großen Kapitalien angehäuft haben. Ist auch nicht nötig. Hauptsache ist, daß der Klub marschiert, das Vermögen kommt dann von selbst.

Daß der christliche Verband, wie wir meldeten, nicht mal mehr wie 1000 Mitglieder hat, müssen wir schon aufrecht erhalten. Nach der Zahlung der Beiträge berechnet, hatten 1909 im christlichen Verband 981 Mitglieder voll abgerechnet. Nun schenken wir den Christlichen noch 20 Prozent Restanten und die Rechnung stimmt. Auch unsere übrigen Behauptungen mit der geistlichen Saalabteilung usw. halten wir aufrecht. Wir können ja verstehen, daß man sich von diesem Vorwurf reinigen möchte, aber was ist, ist!

### Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

#### Konferenz für den Bezirk Brandenburg.

Eine Bezirkskonferenz tagte am 8. Mai in Dörings Gesellschaftshaus in Cöthbus. Mit Ausnahme von zwei Zahlstellen hatten sämtliche Mitgliedschaften des Bezirks Vertreter entsendet. Als erster Tagesordnungspunkt wurde von Kamerad Buchmann ein Referat über Tarifabschlüsse im Braunkohlenbergbau zu Gehör gebracht. Der Referent betonte hierbei ganz besonders, daß den verschiedenen Verhältnissen in den Braunkohlenbezirken Tarifverträge nur für jedes Wert einzeln, nicht aber für ganze Bezirke abgeschlossen werden können. Dem Vortrage folgte eine kurze Debatte, aus der hervorging, daß die Delegierten mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren. Doch waren die verschiedenen Redner auch darin einig, daß es bei der Abschließung von Tarifen und den größeren oder geringeren Zugeständnissen der Unternehmer an die Arbeiter lediglich auf die Stärke der Organisation ankomme und daß demzufolge die Tarifbewegung Hand in Hand zu gehen hat mit eifrigster Arbeit für unseren Verband.

Als zweiter Punkt folgte ein Vortrag des Kameraden Teuber über die Sicherheitsmännerwahlen. Er schilderte einleitend in kurzen Zügen die Ursachen, warum die Bergarbeiter seit Jahrzehnten das Recht der Grubenkontrolle forderten. Warum es ihnen in anderen Ländern seit langem zugesprochen, in Preußen dagegen bisher verweigert wurde, wußte der Redner in klarer Weise als Wirkung der konservativen Regierungsform im Preußenlande darzulegen. Erst nachdem Arbeitervertreter auch in den preussischen Landtag trotz seines schlechten Wahlstandes eingezogen waren und dieselben anlässlich des großen Unglücks auf Knobbo mit erschütternden Anklagereden der Regierung auf den Leib rücken, wurde den Bergarbeitern — immer noch gegen den heftigsten Widerstand der Grubenbesitzer — das geringe Zugeständnis selbstgewählter Kontrolloren gemacht. Obwohl die Einführung der Sicherheitsmänner noch lange nicht den Ansprüchen der Arbeiter genügt, werden dieselben von dem Rechte Gebrauch machen und durch gewissenhafte Ausbildung denselben das Recht der eigenen Grubenkontrolle auszuüben trachten.

Da für die Braunkohlenreviere die Sicherheitsmänner nur zum Teil gestellt werden, in den meisten Fällen keine zu wählen sind, ermahnte der Redner die Delegierten, dafür ein um so größeres Augenmerk auf die Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse zu haben, denen für die Angelegenheit dieselbe Bedeutung beizumessen ist.

Auch über diesen Punkt war die Debatte nur kurz. Hierbei teilte der Vertreter der Zahlstelle Köhlitz mit, daß auf Grube Stadt Oberrh die Wahl des Sicherheitsmannes bereits getätigt wurde. Der Kandidat unseres Verbandes wurde hierbei mit großer Mehrheit gewählt. Er erhielt 18 Stimmen gegen 4 Stimmen, die sich auf drei „gutgeleitete“ Kandidaten verteilten.

Den Schluß der Konferenz bildeten Mitteilungen verschiedener Art. Der bisherige Bezirksleiter Kamerad Bille nahm hierbei Gelegenheit, sich von den Vertrauensmännern des Bezirks zu verabschieden und den Wunsch auszusprechen, daß dieselben mit seinem Nachfolger ebenso brüderlich wie mit ihm an der Ausbreitung des Verbandes und der Vervollständigung der Bergarbeiter arbeiten möchten.

### Arbeiterausschuss und Sicherheitsmännerwahlen in Brandenburg.

In den nächsten Tagen und Wochen werden auf allen Gruben im Brandenburgischen Revier die Sicherheitsmännerwahlen stattfinden. Die gewählten Sicherheitsmänner wählen aus ihrer Mitte dann den Arbeiterausschuss. Die Kameraden müssen darum unermüdet die notwendigen Vorarbeiten erledigen und alles daran setzen, damit überall die Verbandskandidaten gewählt werden.

### Knappschäftsältestenwahl in Klostermansfeld.

Am 21. Mai d. J. findet für die Bergarbeiter der Zirkelschachte die Wahl des Knappschäftsältesten statt. Es ist notwendig, daß die Verbandsmitglieder sofort in die Wahlbewegung eintreten und alles daran setzen, um ihre Interessen nach jeder Richtung hin zu vertreten.

### Kameraden, streift die Interesslosigkeit ab!

Eines der schlimmsten Krebsleiden in der Bergarbeiterbewegung ist die Interesslosigkeit, die sich besonders auch im schlechten Versammlungsbesuch bemerkbar macht. Vielfach klagen die Ortsverwaltungen, daß die Zahlstellenversammlungen trotz ihrer Wichtigkeit häufig genug recht schlecht besucht werden. Fast scheint es, als ob viele Bergarbeiter glauben, die gebratenen Tauben würden ihnen ganz von selbst in den Mund fliegen. Daß das nicht der Fall ist, sollte doch jedem einleuchten, jeder sollte Hand mit ans Werk legen, damit es um so schneller vorwärts geht. In den Versammlungen sollen Mittel und Wege beraten werden, wie die Organisation vorwärts zu bringen ist, und keiner sollte ohne Ursache darin fehlen. Ueber die Langzeit der Kameraden wird uns von Staßfurt geschrieben:

„Sehr zu beklagen ist es, daß unsere Verbandsversammlungen andauernd sehr schwach besucht werden. Die Verbandsleitung am Orte gibt sich die denkbar größte Mühe, um den Stoff zu den Versammlungen interessant und reichhaltig zu gestalten, aber die allermeisten Verbandsmitglieder halten es trotzdem nicht für nötig, sich um ihre eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten näher zu kümmern und sich auf dem Laufenden zu erhalten. Man fragt sich nun: „Was kann man für Gründe anführen, um dieses beharrliche Schwänzen der Versammlungen auch nur einigermaßen rechtfertigen zu können?“ Früher, als wir noch unter sehr mißlichen Verhältnissen in Bezug auf das Versammlungslotal zu leiden hatten und sich auch der Wirt von diesem Lokale uns sehr wenig entgegenkommend zeigte, konnte man dies noch als Grund für das Fernbleiben von den Versammlungen annehmen. Seitdem wir aber im vergangenen Winter nach elbwehentlichem Lokalboykott uns ein der schönsten und größten Lokale Staßfurt als Vertretungs- und Versammlungslotal für Partei und Gewerkschaften erworben, dürfte auch dieser Grund in Wegfall gekommen sein. Also, eine Ausrede gibt's jetzt nicht mehr!

Wir möchten daher die Kameraden ermahnen, von jetzt ab ihrem Verbands etwas mehr Interesse entgegenzubringen, denn nicht allein damit ist's getan, daß man seine Beiträge leistet, sondern man soll auch die Versammlungen fleißig besuchen und soll dort mitberaten, mitbestimmen und mitarbeiten.

Ferner wollen wir noch darauf hinweisen, daß das neu errungene Lokal, der „Pilsenerhof“, mit seinem herrlichen, schattigen, auf zwei Seiten mit schönen Kolonaden versehenen Garten auch ein prächtiges Sommerrestaurant ist, wo jeder Arbeiter in seinen Mußestunden, namentlich des Abends und Sonntags, Erholung und Unterhaltung finden wird. Der Wirt soll nicht nur dazu gut sein; uns kein Lokal zu den Versammlungen zur Verfügung zu stellen, sondern es ist auch unsere moralische Pflicht, ihn auch durch unsere Privat-Wirtschaftsverkehr nach Möglichkeit zu unterstützen. Haben wir uns das Lokal einmal erkämpft, so müssen wir auch bestrebt sein, uns dasselbe zu erhalten, wenn wir nicht den früheren mißlichen Lokalverhältnissen wieder anheimfallen wollen.“

### Königreich Sachsen.

#### Der dritte Entwurf eines Statuts der Allgemeinen Knappschäfts-Pensionkasse für das Königreich Sachsen

Ist uns leider so spät zugegangen, daß an eine eingehende Besprechung für diese Nummer der Zeitung nicht gedacht werden kann. Im Uebrigen sind wesentliche Änderungen gegen den zweiten Entwurf nicht vorgenommen worden. Unberücksichtigt bleibt die Forderung der Ältesten und Knappschäftsmitglieder, daß eine Staffelfung der Pensionen nicht nach Altersjahre, sondern nach Dienstjahre vorgenommen werden soll. Es ist geradezu erstaunlich, wie man werksseitig an den Altersjahren festzuhalten versucht. Das artet ja zum U. f. u. aus, den die Ältesten nicht mitmachen können. Die Bergarbeiter wünschen Pensionstafeln, die mit einem Grundbezüge beginnen und mit jedem Beitragsjahre um einen gewissen Betrag steigen. Die Steigerungen sollen so bemessen sein, daß die Berufswahldengelder nicht niedriger ausfallen als seither. Zu diesen Berufswahldengeldern soll beim Eintritt der reichsgesetzlichen Invalidität die reichsgesetzliche Rente voll hinzukommen. Vor allen Dingen muß eine Aufbesserung der Pensionen vorgenommen werden, wie sie den heutigen Lebensverhältnissen einigermassen entspricht. Wenn die Bezüge hier und da gar noch schlechter ausfallen sollen, ist das Statut auch aus diesem Grunde heraus für die Bergarbeiter nicht annehmbar. Fortschritt ist Rückschritt! Das ist, was die Bergarbeiter verlangen können und wozu sie gerne beistimmen.

### Süddeutschland und Reichlande.

#### Um die Sicherheitsmänner in Saarbrücken

Kampfbalgen sich der christliche Gewerksverein und die katholischen Fachabteilungen, denen mit Recht der Name einer modernen Arbeiterorganisation aberkannt werden muß. Der Stärke angemessen, hat bei den jetzt im Saarrevier stattgefundenen Sicherheitsmännerwahlen der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter die meisten Mandate erhalten, aber auch die Fachabteilung dieser sind 60 Mandate, eher mehr als weniger, erhalten haben. Das ist ein Schlag für den Gewerksverein, der vor den Wahlen sich achlos und geringfügig über die Fachabteilung hinwegsetzte. Der Bergarbeiterverband hat 5, nach einer anderen Meldung 7 Sicherheitsmänner durchgebracht. Was das für Saarbrücken heißt, weiß jedermann. Es gehört ein großer Mut dazu, sich auf den Saargruben als Verbändler zu betätigen, und nur auf einigen Gruben hat der Verband Eingang gefunden. Wenn sich dem beschränkten Vormarsch nun gleich Siege antun, dann haben wir Ursache, doppelt stolz zu sein.

#### Der Gewerksverein im Königreich Stumm.

In Neunkirchen, der Residenz des Königs Stumm, fanden am 28. April zwei öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen statt, die von Zentrumsgruppierungen einberufen und „sehr gut“ besucht waren. In der Morgensammlung waren acht Mann, zum Teil noch Verbandsmitglieder, erschienen. In der Abendsammlung, die „überaus gut“ besucht war, waren erschienen fünf Verbändler, drei Fachabteiler und zwölf Mann mit dem vortragenden Unterstaatssekretär Hermann, der auch in einem längeren Vortrag die W.-Glabbacher Thesen an den Mann zu bringen suchte, welches ihm aber schlecht gelang, da selbst die eigenen Mitglieder der W.-Glabbacher Zentrumsgruppierungen wenig Glauben mehr schenkten. Auch suchte er die vom Verbands gewählten Grubenkontrolloren in der schwärzesten Form an die Wand zu malen, nur was von W.-Glabbach komme, sei richtig. Ferner sprach er von der Vernichtung des Rechtschutzvereins, wobei er aber vergaß, die Hauptschuldigen zu nennen. Weiter erklärte er, daß derjenige, der von den Verbänden, wie sie jetzt im preussischen Landtage sitzen, verlangt, daß für die Arbeiter etwas geschehe, vom preussischen Landtage, überhaupt von Politik keine Ahnung habe. Von den Kameraden Herterich und Lofe wurden seine Thesen widerlegt, worauf er am Schluß selbst erklärte, daß das Gesetz, das er vorher der Versammlung angepöbelte, auch nicht zu ihren Gunsten und wie sie es gewünscht hätten, ausgefallen wäre. Am Schluß forderte er, die Versammelten auf, am 10. Mai nur rückgriffste Männer zu wählen, wie sie schon bei den Grubenauswahlsammlungen vorhanden wären, denn nach einer Erklärung des Arbeitsministers hätten die Sicherheitsmänner auch das Recht, Lohnforderungen zu vertreten. Auf Anfrage des Kameraden Herterich, ob es auch im Gesetz enthalten sei, mußte er mit nein antworten, aber an ein Ministerwort müßte man doch glauben. Unterstaatssekretär Hermann, wenn er konsequent sein wollte, sollte doch wissen, daß die Ausschuhmänner in Saarbrücken nur weiß Salz sind und daß auch, wo die W.-Glabbacher den ganzen Ausschuh besetzt haben, z. B. wie in Dudweiler und Camphausen, die schlechtesten Verhältnisse herrschen und die miserabelsten Löhne ausgezahlt werden. Die Versammlungen haben jedenfalls gezeigt, daß es mit dem starken Gewerksverein im Königreich Stumm recht schwach bestellt ist.

#### Verbandsgegner an der Arbeit.

Dem oberbayerischen Bergvolk von Haus aus und Umgebung ist großes Feil widerfahren, ein katholischer Frauenverein wurde ins Leben gerufen. Was dieser Verein bezwecken soll, ist heute schon den meisten Männern klar; die Aufmerksamkeiten der Frauen soll von den elenden Lebensverhältnissen abgelenkt werden, sie sollen dazu beitragen den Männern die schwarze Rippelhaube noch fester über die Ohren zu ziehen. Demut und Bedürfnislosigkeit sollen ihren Einzug halten bei Männern und Weibern. Der Arbeiter soll sich auf dem Werte gebulld bas Feil über die Ohren ziehen lassen, soll sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete dem Willen der Geistlichkeit unterwerfen und die Verbandsbeiträge und übrigen Schnorzergrößen für die Gegner der Arbeiterbewegung ausbringen. Für so bumm sieht man den Bergmann an und gerade jetzt, wo Feiertage, schlechte Löhne, enorm teure Fleisch- und Lebensmittelpreise herrschen, denn die Frauen sind zum allergrößten Teile nicht in der Lage, aus eigenem Verdienste diese überflüssigen Vereinsmehret zu bezahlen. Dafür erhalten sie ein heiligmächtiges „Sonntagblatt“, das jede politische und gewerkschaftliche Betätigung mit unheiligen Mitteln bekämpft, von Massenverführern phantasiert und den freien Arbeitern jede Schlichtigkeit andiätet. Wir fragen die Kameraden, ist denn dieses Unterfangen nötig? Ist es notwendig, daß anstatt Liebe, Haß in der Familie sich einstellt, wie es tatsächlich schon vorgekommen ist? Ist es notwendig, eine Zeitung zu unterstützen, deren Inhalt nicht bloß schlecht, deren Kampfesweise eben vorwärtsstrebenden Kameraden beleidigt? Hinaus mit diesem Geschwafel, lest Zeitungen, die euren Interessen dienen, die in erster Linie der wirtschaftlichen Bewegung Vorschub leisten, die kämpfen für das Leid der Arbeiter. Mit solchen Neuerungen lockt man keinen Hund vom Ofen. Wer Augen hat, muß ja sofort die ganze Art und Weise der Vorstandswahl beanstanden. Ein Arbeiterfrau, sonst lauter Steigerfrauen wurden für würdig befunden, für die nötige Verleierung der Bergarbeiterfrauen zu sorgen. Kameraden, wollen wir bessere Verhältnisse schaffen, uns auf kommende Kämpfe vorbereiten, müssen wir auch bedenken, daß man nicht sein liebtes den Brotdiebstahl preisgibt, sondern die Frau gehört als Kampfgewehr an die Seite des Mannes, nicht als willenloses Werkzeug in die Klauen dieser Arbeiterzerfplitterer. Handelt, ehe es zu spät ist, wir warnen!

### Briefkasten.

Der Scherleber. So, der christliche Vertrauensmann schimpft über Singer und Polony. Darum soll er vor Gericht gezerrt werden. Ach, Kinder, wir können doch nicht fortgesetzt uns mit allen Verleumdungen herumprozessieren. Der christliche Bezirksleiter Spürfel hat wegen der Angriffe gegen Polony seine 50 Mk. Strafe weg; andere, die Singer mit den bekannten Unwürden dienten, haben gleichfalls bleiben müssen. Aber jeden verlagern, geht nicht an. Wenn sich der Mann dabei wohl fühlt, laßt ihn schimpfen. Ihr braucht euch doch bloß die Nase zuzuhalten. Wir tun's auch!

### Eingekamte Schriften.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leit-faden für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. Preis 1,30 Mk. Die beiden im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 erschienene Schrift ist aus den Vorträgen, deutscher Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Parteischule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatische knappe Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeinen Grundzügen die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Den biographischen Gesichtspunkten ist trotzdem alles Recht eingeräumt, das sie im Rahmen der allgemeinen historischen Darstellung nur irgend beanspruchen können. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Folgen, welche die französische Revolution in Deutschland zeitigte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

